



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

3

Voranschlag

Zusatzerläuterungen
und Statistik

2007

Impressum

Redaktion

Eidg. Finanzverwaltung
Internet: www.efv.admin.ch

Vertrieb

BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern
www.bbl.admin.ch/bundespublikationen
Art.-Nr. 601.200.07d

WICHTIGER HINWEIS

Mit Einführung des neuen Rechnungsmodells (NRM) erfolgt ein Systemwechsel zu einer Budgetierung und Rechnungsführung nach kaufmännischen Grundsätzen (Accrual Accounting und Budgeting). Gemäss dem Prinzip der dualen Steuerung werden die Verwaltungseinheiten über die Erfolgs- und Investitionsrechnung geführt (Managementrationalität), während die Steuerung auf Stufe Bund weiterhin nach der Finanzierungsrechnung erfolgt (politische Ratio-

nalität). Die Dualität führt, je nach Betrachtungsweise, zu einer unterschiedlichen Darstellung der Haushaltsentwicklung. Ausserordentliche Transaktionen werden gesondert ausgewiesen. Für den Voranschlag 2007 wurden allerdings keine ausserordentlichen Transaktionen budgetiert. Des Weiteren beantragt der Bundesrat zur Erreichung der finanzpolitischen Ziele auf allen ungebundenen Ausgaben eine Kreditsperre.

Die Haushaltsentwicklung in der Finanzberichterstattung wird wie folgt abgebildet:

BAND 1

Bericht zum Voranschlag

Finanzierungsrechnung:	Ausweis der finanzierungswirksamen Ausgaben nach Abzug der Kreditsperre von total 134 Millionen.
Erfolgsrechnung:	Ausweis der konsolidierten Zahlen, d.h. ohne Leistungsverrechnung, nach Abzug der Kreditsperre von total 87 Millionen.
Bundesbeschluss:	Ausweis der konsolidierten Erfolgrechnung, d.h. ohne Leistungsverrechnung und vor Abzug der Kreditsperre.

BAND 2

Voranschlag Verwaltungseinheiten

Erfolgsrechnung:	Ausweis der Zahlen vor Abzug der Kreditsperre. Die Leistungsverrechnung zwischen Leistungsbezüger und Leistungserbringer wird ausgewiesen und bildet Gegenstand der Kreditsprechung.
Investitionsrechnung:	Ausweis der Zahlen vor Abzug der Kreditsperre von total 47 Millionen. Die Begründungen sind auf das Zahlenwerk vor Abzug der Kreditsperre ausgerichtet. Diejenigen Voranschlagskredite, die der Kreditsperre voll oder teilweise unterliegen, sind mit dem Sperrbetrag in kursiver Schrift ergänzt und zusätzlich mit dem Kürzel K (K = Kreditsperre) gekennzeichnet.

BAND 3

Zusatzerläuterungen und Statistik

Finanzierungsrechnung:	Ausweis der finanzierungswirksamen Ausgaben nach Abzug der Kreditsperre von total 134 Millionen.
Erfolgsrechnung:	Ausweis der konsolidierten Zahlen, d.h. ohne Leistungsverrechnung, nach Abzug der Kreditsperre von total 87 Millionen.

Band 1

Bericht zum Voranschlag

Kommentar zum Voranschlag

Voranschlag

Kennzahlen des Bundes

Entwurf zum Bundesbeschluss über den Voranschlag für das Jahr 2007

Band 2

Voranschlag der Verwaltungseinheiten

Zahlenteil

Begründungen

Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen

Zusätzliche Informationen zu den Krediten

Band 3

Zusatzerläuterungen und Statistik

Zusatzerläuterungen

Statistik

Band 3**Zusatzerläuterungen und Statistik**

	Seite
1 Zusatzerläuterungen	
11 Entwicklung der Einnahmen	5
111 Fiskaleinnahmen	6
Direkte Bundessteuer	6
Verrechnungssteuer	6
Stempelabgaben	8
Mehrwertsteuer	9
Mineralölsteuer	10
Tabaksteuer	10
Schwerverkehrsabgabe	11
Zölle	11
Spielbankenabgabe	11
Lenkungsabgaben	12
112 Regalien und Konzessionen	12
113 Finanzeinnahmen	13
114 Übrige laufende Einnahmen	13
115 Investitionseinnahmen	14
12 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten	14
121 Übersicht der Aufgabengebiete	14
122 Soziale Wohlfahrt	15
123 Finanzen und Steuern	16
124 Verkehr	17
125 Landesverteidigung	20
126 Bildung und Forschung	20
127 Landwirtschaft und Ernährung	21
128 Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	22
129 Übrige Aufgabengebiete	23
13 Querschnittsfunktionen	24
131 Personal	24
132 Informations- und Kommunikationstechnologie IKT	26
133 Bundestresorerie	26
14 Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget FLAG	28
15 Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung	29
16 Stand der Umsetzung EP03/EP04	31
2 Statistik	
A Übersicht	
A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes	34
A02 Vorgaben der Schuldenbremse	35

	Seite
B Finanzierungsrechnung	
B1 Einnahmen	
B11 Einnahmen nach Kontengruppen	36
B12 Entwicklung der Einnahmen	37
B13 Struktur der Einnahmen	38
B2 Ausgaben	
B21 Ausgaben nach Aufgabengebieten	39
B22 Entwicklung der Aufgabengebiete	41
B23 Struktur der Aufgabengebiete	43
B24 Zweckfinanzierte Strassenausgaben	45
B3 Investitionen	
B31 Investitionen nach Wirtschaftssektoren und Kontengruppen	47
B32 Entwicklung der Investitionen	48
B33 Struktur der Investitionen	49
B34 Investitionen nach Departementen 2007	50
B34 Investitionen nach Departementen 2006	51
B4 Ausgaben nach Wirtschaftssektoren	
B41 Transferausgaben nach Aufgabengebieten und Wirtschaftssektoren 2007	52
B41 Transferausgaben nach Aufgabengebieten und Wirtschaftssektoren 2006	53
B42 Transferausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2007	54
B42 Transferausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2006	55
C Erfolgsrechnung	
C01 Erfolgsrechnung	56
C02 Entwicklung von Ertrag und Aufwand	57
C03 Struktur von Ertrag und Aufwand	58
C04 Ertrag und Aufwand nach Departementen 2007	60
C04 Ertrag und Aufwand nach Departementen 2006	61
D Schulden	
D01 Schulden	62

Hinweis: Auf der Webseite der Eidg. Finanzverwaltung (www.efv.admin.ch) werden Zahlenreihen sowohl für den Bund als auch für die öffentlichen Haushalte (Bund, Kantone, Gemeinden und Sozialversicherungen) veröffentlicht und periodisch aktualisiert. Am selben Ort liegen auch Zahlen für den internationalen Vergleich vor.

11 Entwicklung der Einnahmen

Mio CHF	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006 absolut	%
Ordentliche Einnahmen	51 282	52 157	55 948	3 791	7,3
Fiskaleinnahmen	47 520	48 595	51 493	2 898	6,0
Direkte Bundessteuer	12 213	13 765	15 181	1 416	10,3
Verrechnungssteuer	4 000	3 014	3 017	3	0,1
Stempelabgaben	2 703	2 800	3 200	400	14,3
Mehrwertsteuer	18 119	18 485	19 650	1 165	6,3
Übrige Verbrauchssteuern	7 132	7 228	7 049	-179	-2,5
Mineralölsteuer	4 979	5 005	5 005	–	–
Tabaksteuer	2 051	2 119	1 942	-177	-8,4
Biersteuer	102	104	102	-2	-1,9
Verkehrsabgaben	1 848	1 830	1 828	-2	-0,1
Automobilsteuer	310	330	325	-5	-1,5
Nationalstrassenabgabe	306	300	303	3	1,0
Schwerverkehrsabgabe	1 231	1 200	1 200	–	–
Kombinierter Verkehr	1	–	–	–	–
Zölle	974	980	980	–	–
Spielbankenabgabe	357	345	421	76	22,0
Lenkungsabgaben	170	146	166	20	13,7
Übrige Fiskaleinnahmen	4	2	1	-2	-75,0
Regalien und Konzessionen	1 307	1 245	1 271	26	2,1
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung	223	237	223	-14	-5,8
Gewinnablieferung SNB	967	833	833	–	–
Konzessionsabgaben	28	30	2	-28	-92,5
Übrige Regalien und Konzessionen	89	145	213	68	46,7
Finanzeinnahmen	911	1 015	1 266	251	24,7
Zinseinnahmen	335	438	678	240	54,8
Beteiligungseinnahmen	576	577	578	–	0,1
Übrige Finanzeinnahmen	–	–	10	10	10 295,0
Übrige laufende Einnahmen	1 264	1 112	1 700	588	52,9
Entgelte	1 202	1 054	1 164	110	10,5
Wehrpflichtersatz	129	100	102	2	1,8
Gebühren für Amtshandlungen	257	251	266	15	5,8
Rückerstattungen	232	116	86	-31	-26,3
Übrige Entgelte	585	585	710	125	21,3
Verschiedene Einnahmen	62	59	536	478	811,5
Investitionseinnahmen	280	189	218	29	15,3

Die *Gesamteinnahmen* des Bundes werden für 2007 auf 55,9 Milliarden veranschlagt. Im Vergleich zum Voranschlag 2006 liegen sie um 3,8 Milliarden oder 7,3 Prozent höher. Der Zuwachs ist neben den mit der Umstellung auf das Neue Rechnungsmo-
dell (NRM) verbundenen Aufblähungen vorab auf die konjunk-
turbedingt höheren Erträge bei der direkten Bundessteuer, der
Mehrwertsteuer und den Stempelabgaben zurückzuführen. Die
Fiskaleinnahmen nehmen mit 92 Prozent den grössten Anteil der
Gesamteinnahmen ein. Die *nichtfiskalischen Einnahmen* tragen
mit 4,5 Milliarden lediglich acht Prozent bei.

Die haushaltsneutralen *Aufblähungen im Zusammenhang mit
der Einführung NRM* stellen keine echten Mehreinnahmen dar.
Durch die Bruttoverbuchung, namentlich im Bereich der Mehr-
wertsteuer (Debitorenverluste) und der Unterbringung des ETH-
Bereichs (Mietbeitrag), werden Tatbestände transparent offen
gelegt, die bisher so nicht ersichtlich waren. Dies führt zu einer
Ausdehnung des Einnahmenvolumens, dem auf der Ausgaben-
seite eine Erhöhung in gleichem Ausmass gegenübersteht. Ins-
gesamt blähen die NRM-bedingten Faktoren den Bundeshaus-
halt im Voranschlag 2007 um rund 800 Millionen auf.

111 Fiskaleinnahmen

Direkte Bundessteuer

Mio CHF	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006 absolut	%
Direkte Bundessteuer	12 213	13 765	15 181	1 416	10,3
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	23,8	26,4	27,1		
Steuern vom Reinertrag juristischer Personen	4 576	5 905	6 802	897	15,2
Steuern auf Einkommen natürlicher Personen	7 792	7 975	8 529	554	6,9
Pauschale Steueranrechnung (für ausländische Quellensteuer)	-155	-115	-150	-35	30,4

Die direkte Bundessteuer wird auf dem *Einkommen der natürlichen Personen* sowie auf dem *Reingewinn juristischer Personen* erhoben. Bei der Schätzung der natürlichen Personen werden die Einkommen der Haushalte als Grundlage verwendet, bei den juristischen Personen die geschätzten Unternehmensgewinne. In beiden Fällen muss auch die *zeitliche Verzögerung* berücksichtigt werden, die sich aus dem Veranlagungs- und Bezugsverfahren ergibt. Im Voranschlagsjahr werden auch Steuern bezogen, welche aus Steuerperioden stammen, die mehrere Jahre zurückliegen können.

Der Ertrag ergibt sich massgeblich aus der wirtschaftlichen Entwicklung in den Jahren 2004 bis 2006. Das *verbesserte konjunkturelle Umfeld* führt zu einem hohen Einnahmenwachstum. Die – namentlich im Vergleich zum Bruttoinlandprodukt (BIP) – hohen Zuwachsraten ergeben sich zum einen aus den progressiven Steuertarifen bei den natürlichen Personen. Der geschätzte Anstieg der Haushaltseinkommen um 2,3 Prozent im Jahr 2005

und 3,4 Prozent im Jahr 2006 führt deshalb zu einem mehr als doppelt so hohen Wachstum der Einnahmen. Zum anderen nehmen während des konjunkturellen Aufschwungs die steuerbaren Unternehmensgewinne erfahrungsgemäss stark zu. Es wird insbesondere auch davon ausgegangen, dass die Unternehmen mittlerweile keine nennenswerten Verlustvorträge mehr geltend machen können. Für 2005 und 2006 wird mit Gewinnzuwachsen von 20 respektive 15 Prozent gerechnet.

Die Steuertarife und Sozialabzüge wurden auf den 1. Januar 2006 an die von 1996 bis 2004 aufgelaufene Teuerung angepasst (*Ausgleich der Folgen der kalten Progression*). Diese Massnahme hat allerdings erst ab 2008 einen spürbaren Einfluss auf die Einnahmen.

Von den gesamten Einnahmen der natürlichen und juristischen Personen, vor Abzug der pauschalen Steueranrechnung, gehen 30 Prozent an die Kantone (4 599 Mio).

Verrechnungssteuer

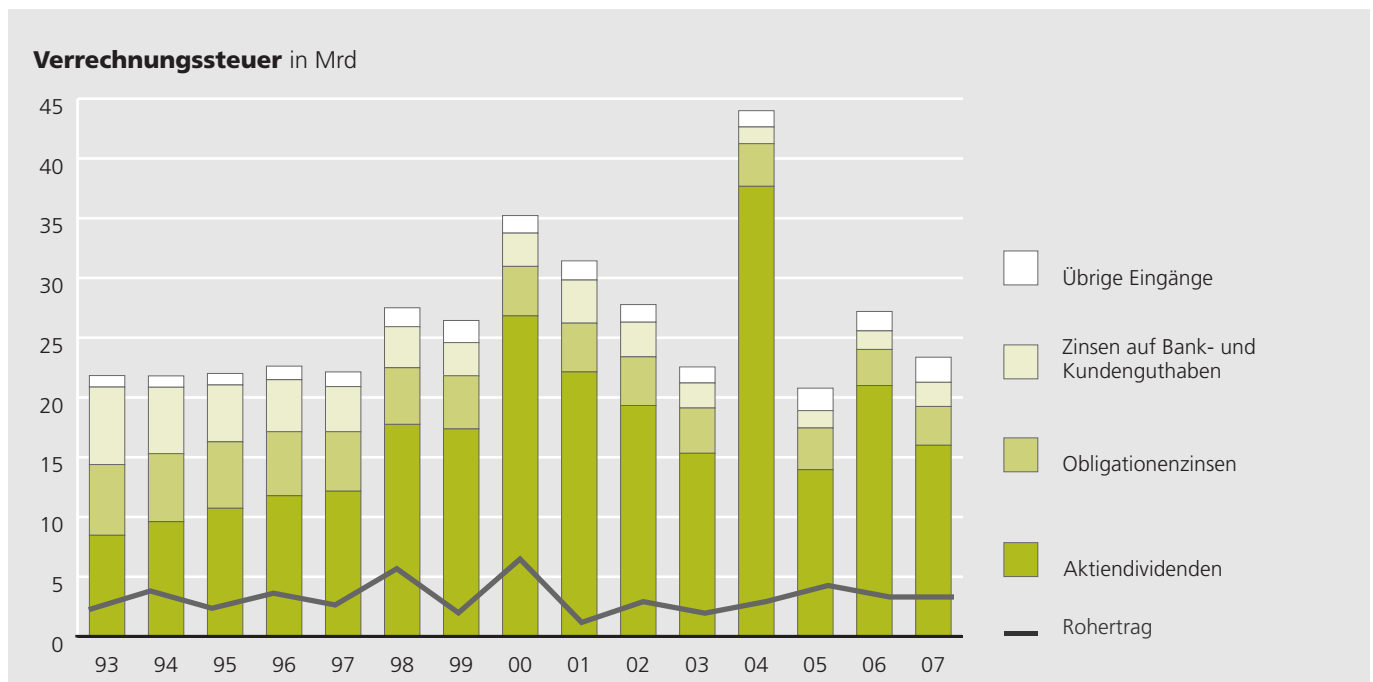
Mio CHF	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006 absolut	%
Verrechnungssteuer	4 000	3 014	3 017	3	0,1
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	7,8	5,8	5,4		
Verrechnungssteuer	3 979	3 000	3 000	–	–
Steuerrückbehalt USA	20	14	17	3	21,4

Der *Ertrag der Verrechnungssteuer* ergibt sich aus der Differenz zwischen den Steuereingängen und den Rückerstattungen. Er unterliegt von einem Jahr zum anderen starken Schwankungen und ist aus mehreren Gründen schwer prognostizierbar. Die Prognose von Saldogrößen ist mit Unsicherheiten behaftet; da sich Fehleinschätzungen bei beiden für den Saldo massgeblichen Größen kumulieren können.

Einerseits können bereits kleine Schätzfehler bei den massgeblichen Bestimmungsgrößen für die Einnahmen (Dividendenausüttungen, Bestände der Bankkundenguthaben, Volumen der Obligationen, Zinssätze) zu grossen Abweichungen führen.

Insbesondere der Einnahmewachstum aus Dividendenausüttungen und aus dem Rückkauf von Aktien durch die Unternehmen unterlag in den vergangenen Jahren sehr grossen Schwankungen. Ein Grossteil der Einnahmen aus der Verrechnungssteuer wird massgeblich durch diese Beteiligungspapiere beeinflusst.

Andererseits sind auch die Prognosen der Rückerstattungsge-
suche nicht einfach, denn es ist nicht möglich, die Höhe der Rückerstattungsge-
suche oder das Datum vorauszusagen, an dem sie eingereicht werden. Die Gesuche können nämlich mit einer



mehr oder weniger grossen zeitlichen Verzögerung eingereicht werden. In letzter Zeit wies die Rückerstattungsquote (prozentualer Anteil der Rückerstattungen an den Einnahmen) von Jahr zu Jahr grosse Schwankungen auf. Gemäss den Erfordernissen des Neuen Rechnungsmodells (NRM) werden die voraussichtlichen Rückerstattungsanträge, welche sich auf die Einnahmen des Rechnungsjahres beziehen, nun mehr einzeln geschätzt.

In den vergangenen Jahren verzeichnete der Verrechnungssteuerertrag infolge der Änderungen mit dem Meldeverfahren und im Verbuchungssystem noch stärkere Schwankungen. So wurde am 1. Juli 2005 das Meldeverfahren auf juristische Personen der Europäischen Union (EU) im Rahmen des bilateralen Abkommens II erweitert; dies zeitigte vorübergehend starke Auswirkungen. Nicht nur die zeitliche Verteilung der Steuereinnahmen und der Rückerstattungen der Verrechnungssteuer wurde verändert, sondern auch die Höhe der Ausschüttungsbeträge (bezüglich EU-Steuerrückbehalt vgl. Ziffer 114).

Da es nicht möglich ist, punktuelle Entwicklungen vorzusehen, stützt sich die Schätzung für den Voranschlag auf die *durch-*

schnittlichen mehrjährigen Erfahrungswerte, so dass Abweichungen vom tatsächlichen Ergebnis in erster Linie auf Spezialfälle und andere Sonderfaktoren zurückzuführen sind. Aufgrund dieser Erfahrungswerte wird der Ertrag aus der Steuer auf 3,0 Milliarden veranschlagt, was in etwa dem Durchschnittsergebnis der zehn letzten Jahre entspricht.

Es wird angenommen, dass die Steuereinnahmen unter dem Einfluss einer erneuten Zunahme der Dividendenausschüttungen und der Einnahmen aus Bankkundenguthaben weiter wachsen werden. Die Rückerstattungen werden entsprechend zunehmen. Die Rückerstattungsquote dürfte relativ hoch bleiben. Erstens wird der Anteil der Dividendenausschüttungen an den Gesamteinnahmen weiterhin einen gewichtigen Platz einnehmen. Diese machen einen bedeutenden Teil der Rückerstattungen aus. Zweitens werden seit einigen Jahren deutlich mehr Gelder durch Anlagestiftungen verwaltet. Auf diesen Anlagen wird die ganze Verrechnungssteuer zurückerstattet. Schliesslich beinhalten immer mehr Abkommen, die mit ausländischen Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung abgeschlossen werden, die vollständige oder beinahe vollständige Rückerstattung der Verrechnungssteuer.

Stempelabgaben

Mio CHF	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006 absolut	%
Stempelabgaben	2 703	2 800	3 200	400	14,3
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	5,3	5,4	5,7		
Emissionsabgabe	431	475	525	50	10,5
Umsatzabgabe	1 627	1 650	2 000	350	21,2
Inländische Wertpapiere	257	200	340	140	70,0
Ausländische Wertpapiere	1 370	1 450	1 660	210	14,5
Prämienquittungsstempel und Übrige	645	675	675	–	–

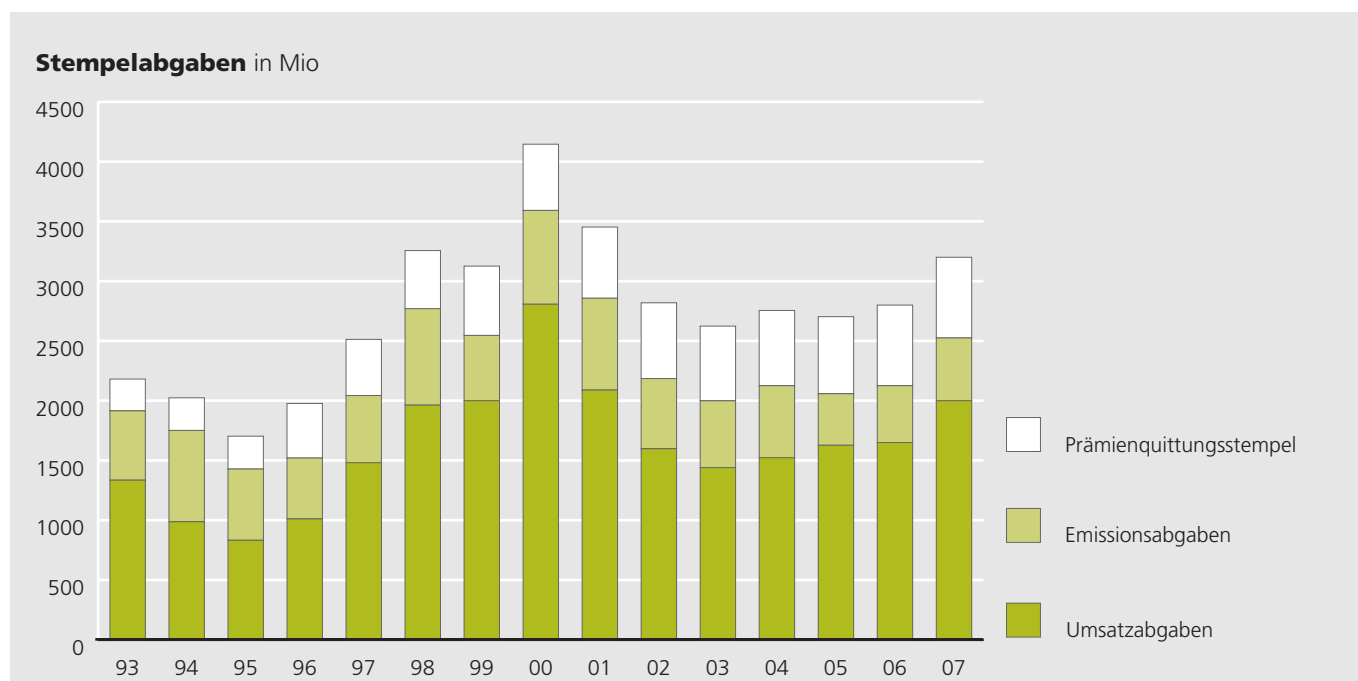
Die Erträge aus den *Stempelabgaben* schwankten in den vergangenen zehn Jahren sehr stark. Diese Volatilität widerspiegelt in erster Linie das turbulente Börsengeschehen, aber auch die vielen Neugründungen und Erweiterungen von Unternehmungsgesellschaften sowie die Konjunktorentwicklung im In- und Ausland. In zweiter Linie prägten auch die zahlreichen Gesetzesänderungen seit 1993 die Entwicklung der Stempelabgaben. Namentlich der Umsatzstempel war Gegenstand mehrerer Gesetzesänderungen, um der Globalisierung der Börsengeschäfte Rechnung zu tragen und der Konkurrenz seitens der ausländischen Börsen standhalten zu können.

In einem von stetem Wandel gezeichneten Umfeld erweist sich die Prognose der Stempelabgaben als heikel. Insbesondere die *Umsatzabgaben*, die knapp zwei Drittel des Gesamtertrags der Stempelabgaben ausmachen, sind schwer zu schätzen. Die Umsatzabgabe wird nämlich zum grössten Teil auf Börsengeschäften erhoben, die den naturgemäss unvorhersehbaren Schwankungen der Aktienmärkte ausgesetzt sind. Sie sind ausserdem auch den Auswirkungen des Strukturwandels in der Börsenwelt ausgesetzt, welche kaum quantifizierbar sind.

Aus dem bisherigen Ergebnis des laufenden Jahres lässt sich schliessen, dass der Ertrag aus den Stempelabgaben den veranschlagten Wert infolge erheblicher Mehreinnahmen bei der Umsatzabgabe deutlich übertreffen wird. Angesichts des erwarteten Konjunkturaufschwungs rechnet man für das Jahr 2007 mit einer neuerlichen Steigerung in dieser, aber auch in den übrigen Abgabekategorien. Der Gesamtertrag aus den Stempelabgaben dürfte damit zum zweiten aufeinander folgenden mal zulegen, nachdem er in den Jahren zuvor eher bescheiden ausgefallen war.

Bei der Steigerung der *Emissionsabgaben* geht die Schätzung angesichts der erwarteten konjunkturellen Erholung von einer Zunahme der Wertpapieremissionen des Privatsektors aus. Zudem wird der Bund weiterhin mittel- und langfristige Anleihen auflegen. Dadurch steigen die Emissionsabgaben, da sie auf Grund der Dauer der emittierten Obligationen berechnet werden.

Über drei Viertel des Ertrags aus den *Umsatzabgaben* entfallen auf Börsengeschäfte mit ausländischen Wertpapieren, der Rest entfällt auf den Handel mit inländischen Titeln. Nach mehreren



Baissen zwischen 2001 und Anfang 2003 verzeichneten die wichtigsten Aktienindizes der in- und ausländischen Aktien wieder einen Aufwärtstrend. Das Volumen der stempelabgabenpflichtigen Geschäfte wächst jedoch erst seit kurzem wieder. Der Ertrag aus dieser Abgabekategorie, der Ende 2006 schliesslich erzielt sein wird, dürfte den veranschlagten Wert bei weitem übertreffen. Für 2007 wird im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs,

der dem makroökonomischen Szenario zugrunde liegt, eine Zunahme der abgabepflichtigen Börsengeschäfte erwartet.

Beim *Prämienquittungsstempel* dürften die Einnahmen dem Betrag entsprechen, der im Voranschlag 2006 eingestellt wurde. Gemessen an den jüngsten verfügbaren Resultaten scheint es allerdings, dass letzterer leicht überschätzt worden war.

Mehrwertsteuer

Mio CHF	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006 absolut	%
Mehrwertsteuer	18 119	18 485	19 650	1 165	6,3
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	35,3	35,4	35,1		
Allgemeine Bundesmittel	14 688	14 995	15 920	925	6,2
5% für Krankenversicherung	773	790	840	50	6,3
MWSt-Prozent für die AHV	2 378	2 420	2 590	170	7,0
Finanzierung der Eisenbahngrossprojekte	280	280	300	20	7,1

Der Mehrwertsteuer unterliegen die inländische *Wertschöpfung* und die *Einfuhren* in den steuerpflichtigen Wirtschaftsbranchen. Die Einnahmenschätzung stützt sich auf die prognostizierten Eckwerte für das nominelle Bruttoinlandprodukt, welches in einem engen Zusammenhang mit der Steuerbasis der Mehrwertsteuer steht.

Der Übergang von 2006 zu 2007 ist von der Einführung des NRM geprägt. Dieses verlangt, die auf den Einnahmen der Mehrwertsteuer anfallenden Debitorenverluste separat (brutto) auszuweisen. Aus diesem Grund werden in den Einnahmenschätzungen für 2007 die Debitorenverluste in der Höhe von 296 Millionen nicht mehr – wie bis 2006 – netto mit den Einnahmen verrechnet. Den nun brutto ausgewiesenen Einnahmen stehen diese Debitorenverluste als Aufwandposition gegenüber. Diese rein buchmässige Aufblähung der Einnahmen erhöht deren Wachstumsrate einmalig um 1,6 Prozentpunkte. Auch bei den in der Tabelle aufgeführten Komponenten sind die Debitorenverluste enthalten. Aufwandseitig berechnen sich die jeweiligen Anteile nach Abzug des Debitorenverlustes. Mit dem NRM wird, in An-

lehnung an die übliche buchhalterische Praxis, neuerdings auch auf die Einnahmen gemäss «Forderungsprinzip» abgestellt. Diese Änderung hat keine systematischen Mehr- oder Mindereinnahmen zur Folge.

Im MWSt-Prozent für die AHV ist in der Tabelle der Bundesanteil von 17 Prozent zur Finanzierung des Bundesbeitrags an die AHV enthalten.

Um einen Vergleich des Einnahmenwachstums mit dem BIP-Wachstum zu ermöglichen, muss auf den bekannten Wert von 2005 abgestellt werden, denn der Voranschlag 2006 entspricht nicht mehr dem aktuellsten Stand der Schätzungen. Als Ausgangslage für die *Schätzung* dienen die Eingänge der Rechnung 2005. Der prognostizierte Zuwachs des BIP beträgt zwischen 2005 und 2007 kumuliert 6,3 Prozent. Gemäss Forderungsprinzip und inklusive Debitorenverluste betrugen die Einnahmen im Jahre 2005 18 489 Milliarden. Die veranschlagte, wirtschaftlich relevante Veränderung der Einnahmen seit 2005 beträgt somit 6,3 Prozent, analog zum oben erwähnten BIP-Wachstum.

Mineralölsteuer

<i>Mio CHF</i>	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006	
				absolut	%
Mineralölsteuer	4 979	5 005	5 005	–	–
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	9,7	9,6	8,9		
Mineralölsteuer auf Treibstoffen	2 957	2 970	2 970	–	–
Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	1 997	2 010	2 010	–	–
Mineralölsteuer auf Brennstoffen und anderen Mineralölprodukten	25	25	25	–	–

Der Ertrag aus den *Mineralölsteuern* hängt von verschiedenen Faktoren ab. Bestimmungsgrößen sind die Entwicklung des Fahrzeugbestands und die durchschnittliche jährliche Anzahl zurückgelegter Kilometer. Der Motorfahrzeugbestand wuchs in den vergangenen Jahren unablässig. Allerdings scheint damit kein paralleler Anstieg der Treibstoffnachfrage einherzugehen, denn der durchschnittliche Verbrauch der neuen Fahrzeuge ist im Allgemeinen geringer als derjenige der alten Fahrzeuge derselben Kategorie. Erwähnenswert ist hier namentlich die Vereinbarung zwischen den Automobilimporteuren und dem UVEK, mit der eine Senkung des Durchschnittsverbrauchs angestrebt wird. Zudem sollte auch die Einführung der Energie-Etikette zur Förderung der treibstoffeffizienten Fahrzeuge beitragen. In jüngster Zeit ist allerdings eine Zunahme der Fahrzeuge mit hohem Treibstoffverbrauch (Geländefahrzeuge, klimatisierte Fahrzeuge, Grossraumlimousinen) festzustellen.

Die Zunahme der Anzahl zurückgelegter Kilometer hängt in erster Linie von den Wetterverhältnissen ab, die von Jahr zu Jahr sehr stark variieren können. Bisherige Beobachtungen lassen

darauf schliessen, dass der Konjunkturaufschwung einen Mehrverbrauch an Treibstoff seitens der Unternehmen und der Privaten nach sich zieht. Wenn die Erdölpreise weiterhin so hoch bleiben, könnten sie jedoch den steigenden Verkaufstendenzen im Jahre 2007 einen Dämpfer aufsetzen.

Schliesslich wirkt sich auch die Benzinnachfrage in den Grenzgebieten auf die Einnahmen aus. Sie hängt insbesondere von unterschiedlichen Preisen im internationalen Vergleich ab. Die Zahlen im Voranschlag beruhen auf der Annahme, dass das Preisgefälle beim Benzinpreis in den Grenzregionen mit Deutschland und Frankreich relativ stabil bleiben wird; grössere Änderungen im Benzintourismus sind deshalb kaum zu erwarten.

In Anbetracht der erwähnten Faktoren, welche die Treibstoffnachfrage im Jahre 2007 dämpfen werden, dürften die Einnahmen aus den Mineralölsteuern auf dem für 2006 veranschlagten Niveau verharren. Die Hälfte der Nettoeinnahmen aus den Mineralölsteuern und der gesamte Nettoertrag des Zuschlags werden zur Finanzierung des Strassenverkehrs eingesetzt.

Tabaksteuer

<i>Mio CHF</i>	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006	
				absolut	%
Tabaksteuer	2 051	2 119	1 942	-177	-8,4
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	4,0	4,1	3,5		

Eine allfällige Erhöhung der *Tabaksteuer* im Jahre 2007 ist im vorliegenden Budgetwert nicht enthalten. Der veranschlagte Ertrag aus der Tabaksteuer beruht auf der Annahme, dass der Zigarettenverkauf im Vergleich zum erwarteten Niveau für das laufende Jahr leicht rückläufig sein wird. Der Ertrag dürfte demnach deutlich niedriger ausfallen als der im Voranschlag 2006 eingestellte Wert, da sich die Prognose infolge des 2005 verzeichneten

starken Rückgangs der Zigarettenverkäufe als zu optimistisch erwiesen hat. Es sei daran erinnert, dass die Tabaksteuer per 1. Oktober 2004 um 50 Rappen pro Paket erhöht worden war und ausserdem die Tabakindustrie im Sommer 2005 einen Aufschlag von 20 Rappen pro Paket beschlossen hatte. Die Einnahmen aus dieser Steuer werden zur Finanzierung der AHV/IV eingesetzt.

Schwerverkehrsabgabe

Mio CHF	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006 absolut	%
Schwerverkehrsabgabe	1 231	1 200	1 200	–	–
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	2,4	2,3	2,1		
Einlage in den Eisenbahnfonds	650	611	610	–	–
Kantonsanteile	401	390	390	–	–
Übrige	179	199	199	–	–

Der Satz der *leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe* wurde per 1. Januar 2005 um beinahe 50 Prozent angehoben. Wie sich diese Erhöhung mittelfristig auswirken wird, ist noch ungewiss. Der im Voranschlag 2006 eingestellte Ertrag aus dieser Abgabe dürfte gestützt auf die derzeit verfügbaren Ergebnisse erreicht werden. 2007 dürfte er nahezu unverändert bleiben. Die Schätzung geht davon aus, dass die jüngste Erhöhung des Abgabesatzes die Optimierung des Warentransports und die Erneuerung des Fahr-

zeugparks vorantreiben wird; der Anteil der Lastwagen, welche die Umwelt weniger belasten und damit weniger stark besteuert werden, dürfte zunehmen. Im Übrigen dürfte sich der Zustrom ausländischer Lastwagen infolge des Verkehrsdosierungssystems im Gotthardtunnel in Grenzen halten. Der Ertrag dieser Abgabe ist zum grössten Teil zweckgebunden: er kommt den Kantonen und den Eisenbahngrossprojekten zugute.

Zölle

Mio CHF	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006 absolut	%
Einfuhrzölle	974	980	980	–	–
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	1,9	1,9	1,8		

Die *Zölle* sind einer langsamen Erosion ausgesetzt. Im Zuge verschiedener Freihandelsabkommen wurden die Steuersätze in den letzten Jahrzehnten schrittweise und deutlich gesenkt oder sogar ganz aufgehoben. Die Zölle haben damit als Einnahmenquelle des Bundes deutlich an Bedeutung verloren. Der Ertrag aus den Einfuhrzöllen wird heute kaum mehr von konjunkturellen Schwankungen beeinflusst. Die Zölle auf den Industrieprodukten wurden weitgehend abgebaut, so dass ein Grossteil der Zolleinnahmen heute aus der Besteuerung landwirtschaftlichen Erzeugnissen stammt, die dem Einfluss der konjunkturellen Entwicklung weitgehend entzogen sind.

Für 2007 wird eine Stagnation der *Einfuhrzölle* erwartet. Die steuerpflichtigen Einfuhren dürften gegenüber dem für 2006 veranschlagten Betrag zwar leicht zulegen (+1,0%). Doch die in den bilateralen Abkommen mit der Europäischen Union verabschiedeten Tarifiereduktionen werden einen weiteren Einnahmefall nach sich ziehen, der die Folgen der Zunahme der importierten Mengen wieder neutralisieren wird. Eine unbekannte Grösse stellen die finanziellen Auswirkungen zukünftiger Zollsenkungsabkommen dar. Es sind verschiedene Verhandlungen im Gange; wann die vorgesehenen Massnahmen in Kraft treten werden, ist jedoch noch ungewiss. Der Einnahmefall dürfte sich jedoch in einem bescheidenen Rahmen halten.

Spielbankenabgabe

Mio CHF	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006 absolut	%
Spielbankenabgabe	357	345	421	76	22,0
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	0,7	0,7	0,8		

Die Einnahmen aus der *Spielbankenabgabe* wurden erstmals im Jahre 2000 verbucht; sie widerspiegeln den Betrieb der ersten

in der Schweiz zugelassenen Spielbanken. Parallel zur Eröffnung neuer Spielbanken und zum Ausbau der angebotenen Spielmög-

lichkeiten haben diese Aktivitäten nach und nach immer stärker zugenommen. 2005 waren die 19 zugelassenen Schweizer Spielbanken zum ersten Mal das ganze Jahr über geöffnet. Die Einnahmen aus der Spielbankenabgabe für 2007 wurden auf der Basis des Ergebnisses für 2005 sowie der jüngsten Schätzungen für das laufende Jahr veranschlagt. Gegenüber dem Voranschlag 2006 dürfte der Ertrag aus dieser Abgabe demnach erneut eine

Zunahme verzeichnen. In Anbetracht der 2005 erzielten Einnahmen sowie der Abrechnungen für das erste Halbjahr 2006 scheint der Ertrag für 2006 stark unterschätzt worden zu sein. Der Ertrag aus dieser Abgabe kommt – in Ergänzung zum ordentlichen Bundesbeitrag – mit einer zeitlichen Verzögerung von zwei Jahren der AHV zugute.

Lenkungsabgaben

Mio CHF	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006 absolut	%
Lenkungsabgaben	170	146	166	20	13,7
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	0,3	0,3	0,3		
Lenkungsabgaben VOC	144	120	140	20	16,7
Altlastenabgabe	26	26	26	–	–

Der für die *Abgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOC)* veranschlagte Betrag stützt sich auf die Entwicklung der Einnahmen in den letzten Jahren. Der im Voranschlag 2006 eingestellte Wert liegt unter dem 2005 effektiv erzielten Betrag und dürfte demnach leicht unterschätzt worden sein. Für 2007 wird ein etwa gleich hoher Ertrag aus dieser Abgabe erwartet wie im Jahre

2005. Diese Stagnation ist auf die beabsichtigte Lenkungswirkung der Abgabe zurückzuführen. Gemäss Umweltschutzgesetz dürfen diese Einnahmen nicht in die Bundeskasse fliessen, sondern müssen der Bevölkerung zurückerstattet werden. Die Rückzahlung erfolgt nach zwei Jahren, das heisst die Einnahmen aus dem Jahre 2007 werden im Jahr 2009 zurückvergütet.

112 Regalien und Konzessionen

Mio CHF	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006 absolut	%
Regalien und Konzessionen	1 307	1 245	1 271	26	2,1
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	2,5	2,4	2,3		
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung	223	237	223	-14	-5,9
Gewinnablieferung SNB	967	833	833	–	–
Konzessionsabgaben	28	30	2	-28	-93,3
Übrige Regalien und Konzessionen	89	145	213	68	46,9

Die Eingänge aus *Regalien und Konzessionen* sind relativ stabil. Der *Bundesanteil* (90%) am *Reingewinn der Eidgenössischen Alkoholverwaltung* wurde in Anbetracht der jüngsten vorliegenden Ergebnisse gegenüber dem Vorjahresbudget leicht nach unten korrigiert. Was den Anteil des Bundes am *laufenden Gewinn der Schweizerischen Nationalbank (SNB)* angeht, so bleibt dieser unverändert; er entspricht immer noch der letzten Gewinnausschüttungsvereinbarung vom 5. April 2002 zwischen dem Bund und der SNB. Diese Vereinbarung legt die jährliche Gewinnausschüttung auf insgesamt 2,5 Milliarden fest, wobei der Anteil

des Bundes ein Drittel und derjenige der Kantone zwei Drittel beträgt. Die übrigen Einkünfte stammen vorwiegend aus den *landwirtschaftlichen Kontingenten* und in einem geringeren Ausmass aus den Radio- und Fernsehkonzessionen. Die Einnahmen aus der Versteigerung von landwirtschaftlichen Kontingenten dürften erneut zunehmen und 155 Millionen erreichen. Die Mehrerlöse hängen mit dem letzten Übergangsschritt vom Inlandleistungssystem zur Versteigerung der Zollkontingente bei Fleisch (AP 2007) zusammen.

113 Finanzeinnahmen

Mio CHF	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006 absolut	%
Finanzeinnahmen	911	1 015	1 266	251	24,7
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	1,8	1,9	2,3		
Zinseinnahmen	335	438	678	240	54,8
Beteiligungseinnahmen	576	577	578	1	0,2
Übrige Finanzeinnahmen	–	–	10	10	–

Die Zunahme der Finanzeinnahmen gegenüber dem Vorjahr ist in erster Linie den Zinserträgen zuzuschreiben. Verantwortlich dafür sind im Wesentlichen die Erträge der Darlehen an die Arbeitslosenversicherung, die infolge der Zunahme der Zinssätze und der gewährten Mittel stark ansteigen (+131 Mio), sodann die Erträge des Fonds für Eisenbahngrossprojekte (+66 Mio) und die Festgeldanlagen (+50 Mio). In geringerem Ausmass tragen auch die Erträge aus dem Rückkauf der Bundesobligationen (+29 Mio) vor deren Fälligkeit zu diesem Anstieg bei; das für 2007 geplante Volumen ist deutlich höher als dasjenige von 2006. Vervollständigt wird das Bild dadurch, dass für die European Commercial Papers, die erst im Laufe des Jahres 2005 verwendet wurden und

die für 2007 mit 26 Millionen veranschlagt sind, im Rahmen des Voranschlags 2006 keine Zinserträge vorgesehen waren.

Umgekehrt werden für die übrigen Finanzinstrumente gegenüber dem Voranschlag 2006 rückläufige Zinserträge (-48 Mio) prognostiziert, namentlich infolge des geplanten Transfers des Ertrags aus der Überweisung des Nationalbankgoldes an den AHV-Ausgleichsfonds per Anfang 2007.

Die Beteiligungserträge bleiben gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert. Das ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die erwartete Swisscom-Dividende gegenüber dem Budget 2006 unverändert bleibt.

114 Übrige laufende Einnahmen

Mio CHF	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006 absolut	%
Übrige laufende Einnahmen	1 264	1 112	1 700	588	52,9
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	2,5	2,1	3,0		
Entgelte	1 202	1 053	1 164	111	10,5
Wehrpflichtersatz	128	100	102	2	2,0
Gebühren für Amtshandlungen	257	252	266	14	5,6
Rückerstattungen	232	116	86	-30	-25,9
Übrige Entgelte	585	585	710	125	21,4
Verschiedene Einnahmen	62	59	536	477	808,5

Gegenüber dem Voranschlag 2006 erhöht sich der Ertrag aus den übrigen laufenden Einnahmen markant; dies ist zum einen auf die Einnahmen aus verschiedenen Abgaben und Gebühren für Amtshandlungen und zum andern auf die durch die Einführung des NRM bedingte Aufblähung der Einnahmen zurückzuführen.

Die Einnahmen aus dem Wehrpflichtersatz bleiben relativ stabil; in dieser Position ist keine signifikante Änderung zu erwarten. Bei den übrigen Entgelten tragen vor allem die Verkäufe zu den Mehreinnahmen bei. Bedingt durch das NRM werden die Einnahmen aus der Bewirtschaftung der Armeevorräte um 50 Millionen aufgebläht. Im Übrigen sind Mehreinnahmen aus der europäischen Zinsbesteuerung zu erwarten. Diese im Rahmen der

Bilateralen II getroffene Massnahme ist am 1. Juli 2005 in Kraft getreten. Die Beträge, welche die Schweiz dadurch einnehmen wird, sind schwer prognostizierbar. Für den Voranschlag 2006 waren die Bruttoeinzahlungen auf 60 Millionen geschätzt worden. Angesichts der im zweiten Semester 2005 effektiv verzeichneten Einnahmen (159 Mio) scheint diese Schätzung jedoch zu tief. 90 Prozent dieser Einnahmen werden dem Bund und 10 Prozent den Kantonen ausgeschüttet. Auf der Basis der Einnahmen der ersten sechs Monate wird der dem Bund zustehende Ertrag für 2007 auf 59 Millionen geschätzt; im Voranschlag 2006 waren demgegenüber nur 14 Millionen eingestellt. Bei den verschiedenen Einnahmen erklärt sich die Zunahme durch die Einführung des NRM. Zum ersten Mal werden die Mieten des ETH-Bereichs (443 Mio) berücksichtigt.

115 Investitionseinnahmen

Mio CHF	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006	
				absolut	%
Investitionseinnahmen	280	189	218	29	15,3
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	0,5	0,4	0,4		
Veräusserung von Sachanlagen	40	29	31	2	6,9
Veräusserung von immateriellen Anlagen	–	–	–	–	–
Rückzahlung von Darlehen	239	160	187	27	17,0
Veräusserung von Beteiligungen	–	–	–	–	–
Rückzahlung von Investitionsbeiträgen	–	–	–	–	–

Die *Investitionseinnahmen* bleiben insgesamt gegenüber dem Voranschlag 2006 unverändert. Bei den Einkünften aus dem *Verkauf von Immobilien* ist keine grössere Veränderung zu erwarten. Hingegen nehmen die Einnahmen aus den *Rückzahlungen von Darlehen* leicht zu. In Anbetracht des Rechnungsabschlusses für 2005 und des tiefen Hypothekarzinsniveaus sind höhere

Einkünfte aus der Rückzahlung der Vorschüsse zu erwarten, die im Rahmen der Wohnbauförderung gewährt worden waren. Mit den Mehreinnahmen dieser Kategorie werden die fehlenden Mittel aus der *Veräusserung von Beteiligungen oder der Rückzahlung von Investitionsbeiträgen* kompensiert.

12 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten (Finanzierungssicht)

121 Übersicht der Aufgabengebiete

Mio CHF	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006	
				absolut	%
Total Aufgabengebiete	51 403	52 743	55 030	2 287	4,3
(ordentliche Ausgaben)					
Δ in % Vorjahr	–	2,6	4,3		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 205	2 391	2 357	-34	-1,4
Ordnung und öffentliche Sicherheit	756	835	858	23	2,8
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 276	2 291	2 346	55	2,4
Landesverteidigung	4 386	4 305	4 407	102	2,4
Bildung und Forschung	4 588	4 759	5 196	436	9,2
Kultur und Freizeit	437	429	441	12	2,7
Gesundheit	200	205	206	2	0,9
Soziale Wohlfahrt	16 140	16 628	17 343	715	4,3
Verkehr	7 585	7 456	7 456	–	–
Umweltschutz und Raumordnung	514	555	566	11	1,9
Landwirtschaft und Ernährung	3 608	3 594	3 596	2	0,1
Wirtschaft	465	499	532	33	6,6
Finanzen und Steuern	8 242	8 796	9 726	931	10,6

Der ordentliche Haushalt wächst im Voranschlagsjahr um insgesamt knapp 2,3 Milliarden (+4,3 %), ohne NRM-bedingte Aufblähungen beträgt das Wachstum knapp 1,5 Milliarden (+2,8 %). Davon entfallen rund 715 Millionen auf die soziale Wohlfahrt (+4,3 %), 635 Millionen auf das Aufgabengebiet Finanzen und Steuern (+10,6 %) und 145 Millionen auf alle übrigen Aufgabengebiete (+0,5 %), wobei innerhalb dieses «Resthaushalts» die Prioritätensetzung im Voranschlagsjahr nicht besonders ausgeprägt ist. Bei der sozialen Wohlfahrt steigen namentlich die Beiträge des Bundes an die AHV (+460 Mio), an die IV (+133 Mio) sowie die Prämienverbilligungsbeiträge im Bereich der Krankenversicherung (+152 Mio). Das Wachstum bei Finanzen und

Steuern entfällt schwergewichtig auf die Kantonsanteile an der direkten Bundessteuer (+440 Mio) und auf die Kapitalbeschaffung (+196 Mio).

Unter Ausklammerung der Ausgaben für die soziale Wohlfahrt und das Aufgabengebiet Finanzen und Steuern kann von einer klar restriktiven Haushaltspolitik gesprochen werden. Während dies aus konjunkturpolitischer Sicht angezeigt ist, macht der Voranschlag 2007 gleichzeitig deutlich, dass die Sozialtransfers andere, für die Standortqualität und das Wachstum wichtige Ausgaben zunehmend aus dem Haushalt verdrängen. Um dieser Entwicklung Einhalt gebieten zu können, sind weitere

Strukturreformen und das konsequente Setzen von Prioritäten und Posterioritäten unerlässlich. Damit ist keinesfalls nur der Sozialbereich angesprochen. Um im Haushalt wieder vermehrt Handlungsspielräume zu schaffen, müssen sämtliche Aufgaben-

gebiete im Rahmen der vom Bundesrat in Angriff genommenen Aufgabenüberprüfung ebenfalls systematisch nach Verzichts- und Abbaumöglichkeiten durchleuchtet werden.

122 Soziale Wohlfahrt

Mio CHF	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006 absolut	%
Soziale Wohlfahrt	16 140	16 628	17 343	715	4,3
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	31,4	31,5	31,5		
Altersversicherung	7 286	7 548	8 009	460	6,1
Invalidenversicherung	4 378	4 554	4 688	134	2,9
Krankenversicherung	2 121	2 198	2 350	152	6,9
Ergänzungsleistungen	675	709	725	16	2,2
Militärversicherung	241	252	254	2	0,7
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	356	306	309	3	1,0
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	172	164	158	-6	-3,9
Migration	871	839	799	-40	-4,8
Soziale Hilfe und Fürsorge	40	56	52	-5	-8,3

Der Bund trägt 16,36 Prozent der Jahresausgaben der *Alters- und Hinterlassenenversicherung*. Zudem überweist er die Erträge aus der Spielbankenabgabe, wobei zu Beginn 2007 die Einnahmen des Jahres 2005 der AHV gutgeschrieben werden. Schliesslich transferiert der Bund 83 Prozent des Mehrwertsteuerertrags aus dem Demographie-Prozent an die Versicherung. Bei den Ausgaben für die AHV ist zu berücksichtigen, dass der Transfer der Mehrwertsteuereinnahmen an die AHV neu unter dem Aufgabengebiet der sozialen Wohlfahrt und nicht mehr unter Finanzen und Steuern figuriert. Die Ausgaben der AHV betragen im nächsten Jahr 33,4 Milliarden, was gegenüber dem Vorjahr einem Anstieg von 5,8 Prozent entspricht. Als Folge des zweijährigen Anpassungsrythmus werden die Renten und Hilflosenentschädigungen zu Beginn des Jahres 2007 an die Lohn- und Preisentwicklung angepasst. Die Erhöhung beträgt voraussichtlich 2,8 Prozent. Hinzu kommt ein demografisch bedingtes Wachstum der Ausgaben von 1,2 Prozentpunkten. Schliesslich wurde im Entlastungsprogramm 2003 der Beitrag des Bundes an die AHV zur Kompensation des 2003 bereits bezahlten «Flexa-Beitrags» in den Jahren 2005 und 2006 reduziert. Der erwähnte Sonderbeitrag wurde im Rahmen der 10. AHV-Revision beschlossen und sollte die aus der Flexibilisierung des Altersrücktritts entstehenden Einführungskosten der Versicherung finanzieren. Diese Senkung der Bundesausgaben um 85 Millionen im Jahr 2006 trägt einmalig weitere 1,6 Prozentpunkte zum Ausgabenwachstum bei.

Der Bund finanziert 37,5 Prozent der Ausgaben der *Invalidenversicherung (IV)*. Analog zur AHV werden die Renten und Hilflosenentschädigungen zu Beginn des Jahres 2007 an die Lohn- und Preisentwicklung angepasst und voraussichtlich um 2,8 Prozent erhöht. Die Kosten der IV von rund 12 Milliarden verteilen sich in der Hauptsache auf Geldleistungen (rund 7,8 Mrd), Ausgaben für individuelle Massnahmen (rund 1,8 Mrd) und Beiträge an

Institutionen und Organisationen (2,1 Mrd). Infolge Unterfinanzierung der Versicherung wird für das Jahr 2007 ein Defizit in der Grössenordnung von zwei Milliarden erwartet. Bei einem Verlustvortrag der IV in der Bilanz des AHV-Ausgleichsfonds von schätzungsweise 11,6 Milliarden per Ende 2007 beträgt der Zinsaufwand für die IV etwas über 220 Millionen. Gemäss seinem Anteil trägt der Bund 84 Millionen davon.

Die Subventionen des Bundes für die *Ergänzungsleistungen (EL)* sind abgestuft nach der Finanzkraft der Kantone und betragen 10 bis 35 Prozent. Im Durchschnitt ergibt sich ein Beitrag von 22,9 Prozent bei der AHV und ein solcher von 22,4 Prozent bei der IV. Die Zunahme der Anzahl Bezügerinnen und Bezüger von AHV- und IV-Renten führt auch zu einer Steigerung der Ausgaben bei den EL. Das Wachstum beträgt für die EL zur AHV rund drei Prozent gegenüber dem Budget 2006 und ergibt sich aus der Entwicklung der Anzahl AHV-Rentnerinnen und -Rentner, der Erhöhung des Betrages für den allgemeinen Lebensbedarf infolge der Anpassung der Renten sowie aus dem Anstieg der Heimkosten. Der geringere Ausgabenzuwachs bei den EL zur IV von lediglich 1,3 Prozent erklärt sich durch die Überschätzung der EL-Ausgaben im vergangenen Jahr und dem Rückgang der Neurentnerinnen und -rentner in der IV.

Die zweckgebundenen Einnahmen aus der *Alkohol- und Tabakbesteuerung* werden 2007 mit 2 165 Millionen veranschlagt, rund 190 Millionen weniger als im Voranschlag 2006. Der Bundesanteil von 17 Prozent an den Einnahmen aus dem *Mehrwertsteuerprozent*, welches für die Deckung der demographiebedingten Mehrkosten in der AHV seit 1999 erhoben wird, beträgt 432 Millionen. Mit diesen für die Finanzierung der Bundesbeiträge an die AHV, IV und EL bestimmten Einnahmen können 24 Prozent der Ausgaben gedeckt werden, 2,6 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr.

Die Ausgaben des Bundes in der *Krankenversicherung* fallen im Bereich der individuellen Prämienverbilligungen an. Die jährlichen Beiträge des Bundes an die Kantone werden durch einfachen Bundesbeschluss für jeweils vier Jahre festgesetzt. Der Bundesbeitrag steigt 2007 um rund sieben Prozent gegenüber dem Voranschlag 2006, doppelt so stark wie im Vorjahr. Die Zunahme ist vor allem auf die schrittweise Aufstockung des Zahlungsrahmens zur Verbilligung der Prämien von Kindern und Jugendlichen in Ausbildung (2006/2007 je +100 Mio gegenüber Vorjahr). Der maximale Bundesbeitrag für die Prämienverbilligung im Jahr 2007 beträgt 2 658 Millionen. Auf Grund der bisherigen Erfahrung und der provisorischen Ankündigung der Kantone wird davon ausgegangen, dass 2007 rund 87 Prozent dieses Betrages an die Kantone ausbezahlt werden. Gemäss dem festgelegten Zahlungsmodus wird den Kantonen im Voranschlagsjahr 77 Prozent der erwarteten Subvention überwiesen. Die verbleibende Differenz wird jeweils auf Grund der Schlussabrechnung im folgenden Jahr ausbezahlt. Die Aufwendungen des Bundes für die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung werden zum Teil zweckfinanziert. Zu Gunsten unterer Einkommenschichten werden fünf Prozent des Ertrags aus der Mehrwertsteuer verwendet, was für 2007 einen budgetierten Betrag von rund 840 Millionen ergibt. Ausserdem wird gemäss EP 2003 ein Teil der Einnahmen aus der LSVA für die Prämienverbilligungen verwendet (2007: 150 Mio). Insgesamt decken die zweckgebundenen Mittel 43 Prozent der Ausgaben des Bundes für die Prämienverbilligungen.

Der Bundesbeitrag an die *Arbeitslosenversicherung* beträgt nach Artikel 90a des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 0,15 Prozent

der von der Beitragspflicht erfassten Lohnsumme. Mit dem Entlastungsprogramm 2004 wird der Beitrag ab 2006 für eine befristete Dauer auf 0,12 Prozent gekürzt, was voraussichtlich auch im Voranschlag 2007 zu tieferen Ausgaben führt.

Die Ausgaben für den *sozialen Wohnungsbau* umfassen zu rund 60 Prozent Zusatzverbilligungen von Mietzinsen, für welche seit Anfang 2002 keine neuen Subventionen gewährt werden, womit die Ausgaben rückläufig sind.

Im Bereich *Migration* sind 2007 gegenüber dem Voranschlag 2006 weniger Mittel eingestellt. Die bereits vorgenommenen Massnahmen im Asylbereich und deren konsequente Weiterführung haben zu einer Stabilisierung der Gesuchseingänge beigetragen sowie einen fortschreitenden Abbau des Bestandes an Personen aus dem Asylbereich ermöglicht. Diese Bestandesreduktion hat tiefere Ausgaben bei der Sozialhilfe, beim Verwaltungsaufwand der Kantone für Asyl Suchende sowie bei den Betriebsausgaben für Empfangszentren zur Folge. Die Einsparungen werden durch leicht höhere Ausgaben im Vollzugsprozess sowie im Bereich der anerkannten Flüchtlinge verringert. Da von einer leichten Zunahme des Bestandes an anerkannten Flüchtlingen auszugehen ist, nehmen die Sozialhilfe-, Verwaltungs- und Betreuungskosten im Flüchtlingsbereich zu. Zudem wird aufgrund der Fristverlängerungen bei der Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft im Rahmen der Einführung des revidierten Asylgesetzes mit höheren Ausreise- und Vollzugskosten gerechnet. Die Annahme von Asyl- und Ausländergesetz durch das Volk, ist eine wesentliche Voraussetzung für die Weiterführung dieses Kostenrückgangs.

123 Finanzen und Steuern

Mio CHF	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006 absolut	%
Finanzen und Steuern	8 242	8 796	9 726	931	10,6
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	16,0	16,7	17,7		
Anteile an Bundeseinnahmen	4 532	4 866	5 601	735	15,1
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	3 711	3 930	4 125	196	5,0

Die Ausgaben für die Aufgabengruppe Finanzen und Steuern belaufen sich auf 9 726 Millionen und damit auf 931 Millionen oder 10,6 Prozent mehr als im Vorjahresbudget.

Diese Aufgabengruppe setzt sich aus den Anteilen Dritter an den Bundeseinnahmen und den Ausgaben für die Vermögens- und Schuldenverwaltung zusammen. Dieser Bereich weist das zweitgrösste Finanzvolumen auf. Was ihn auszeichnet, ist, dass er von den finanzpolitischen Prioritäten ausgenommen ist (Anteile Dritter sind in der Verfassung geregelt und hängen direkt von der Höhe der Einnahmen ab); hingegen wird er durch zahlreiche äussere Faktoren beeinflusst (Finanzmarktbedingungen, Zinssatzentwicklung, Finanzierungsbedarf). Im Rahmen der Einführung des neuen Rechnungsmodells und der Überprüfung

der Aufgaben des Bundes hat dieser Bereich jedoch bedeutende inhaltliche Veränderungen erfahren. Die wichtigsten Neuerungen betreffen den Transfer der Steueranteile für die AHV und die IV in den Aufgabenbereich Soziale Wohlfahrt.

Die Kantonsanteile entsprechen 30 Prozent der Einnahmen aus der direkten Bundessteuer und 10 Prozent der Einnahmen aus der Verrechnungssteuer. Ausserdem umfassen sie auch 20 Prozent des Ertrags aus dem Wehrpflichtersatz und fast ein Drittel der Einnahmen aus der leistungsabhängigen Schwerkverkehrsabgabe. Schliesslich umfassen sie auch die Debitorenverluste bei der Mehrwertsteuer, die im Zusammenhang mit dem neuen Rechnungsmodell des Bundes ebenso mitberücksichtigt werden.

Gemäss budgetierten Einnahmen werden die Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen auf 5 601 Millionen geschätzt; das sind 735 Millionen oder 15,1 Prozent mehr als im Voranschlag 2006. Darin widerspiegeln sich zum einen die höheren Erwartungen hinsichtlich des Ertrags aus der direkten Bundessteuer. Der Anteil der Kantone an den direkten Bundessteuern erhöht sich um 440 Millionen und erreicht damit insgesamt 4 599 Millionen. Der zweite Erklärungsfaktor betrifft die Debitorenverluste der Mehrwertsteuer (296 Mio). Die Anteile der Verrechnungssteuer (294 Mio), der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (390 Mio) sowie des Wehrpflichtersatzes (20 Mio) bleiben hingegen gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert.

Die mit 4 125 Millionen veranschlagten Ausgaben für die Vermögens- und Schuldenverwaltung (Passivzinsen und Kommissionen der Bundestresorerie) nehmen gegenüber dem Vorjahr um 196 Millionen oder 5 Prozent zu. Diese Zunahme ist durch den Anstieg der Passivzinsen um 6,5 Prozent gegenüber dem Voranschlag 2006 bedingt; sie belaufen sich nun auf 3 974 Millionen. Hingegen sind die Aufwendungen für Kommissionen, Abgaben und Gebühren der Bundestresorerie rückläufig; sie sinken von 198 auf 151 Millionen, das heisst um 23,9 Prozent.

Der Mehraufwand bei den Passivzinsen (+243 Mio, +6,5%) geht auf das Konto der höheren Zinslasten für die wichtigsten Geldbeschaffungsinstrumente, das heisst die Anleihen (+142%) und die kurzfristigen Geldmarktbuchforderungen (+208 Mio). Die Zunahme der Zinszahlungen auf Anleihen erklärt sich aus dem im Vergleich zum Vorjahr weniger grossen Volumen der Agios, die direkt in den Zinsaufwendungen auf den Anleihen amortisiert werden, also eine Entlastung darstellen. Die Erhöhung bei den Geldmarktbuchforderungen ist auf die Entwicklung der Zinssätze gegenüber dem Vorjahr (von 2,2% auf 1,0%) zurückzuführen. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass sich die kurzfristigen Änderungen im selben Jahr auf den Saldo der Finanzrechnung auswirken. Die erwähnten Zunahmen werden teilweise durch den rückläufigen Zinsaufwand kompensiert. Dieser lässt sich namentlich auf den Zinsen der Guthaben der Pensionskasse des Bundes im Rahmen der Ausfinanzierung der Schulden des Bundes gegenüber seiner Pensionskasse feststellen (-96 Mio).

Die Emissionskosten auf Anleihen betragen 151 Millionen und sind somit gegenüber dem Voranschlag 2006 (198 Mio) um 47 Millionen rückläufig. Dieser Rückgang erklärt sich zur Hauptsache durch das rückläufige Volumen der Anleihen (-2,5 Mrd).

124 Verkehr

Mio CHF	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006	
				absolut	%
Verkehr	7 585	7 456	7 456	-	-
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	14,8	14,1	13,5		
Strassenverkehr	2 769	2 751	2 748	-3	-0,1
Öffentlicher Verkehr	4 704	4 600	4 606	7	0,1
Luftfahrt	112	105	102	-3	-3,1

Die Ausgaben für den Verkehr bleiben gegenüber dem Voranschlag 2006 nominal konstant. Damit sinkt ihr Anteil an den Gesamtausgaben. Gegenüber der alten Finanzplanung ist ein Rückgang um 8 Millionen zu verzeichnen. Diese Veränderung resultiert zum einen aus der Umsetzung der vom Bundesrat im Rahmen der Budgetbereinigung beschlossenen Sparvorgabe, zum anderen aus der vom Ständerat beschlossenen Aufstockung des 9. Rahmenkredits für Investitionsbeiträge an die KTU sowie aus der höheren Einlage in den Fonds FinöV.

Der *Strassenverkehr* wird auch 2007 geprägt durch die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes und die anhaltend hohe Bedeutung des Unterhalts. Die NFA hat – ausser im Eigenbereich des ASTRA – keine direkten Vorwirkungen. Im Einzelnen sind zu erwähnen:

- Der Nationalstrassenbau verzeichnet gegenüber dem Voranschlag 2006 einen Rückgang von netto 40 Millionen auf 1 286 Millionen. Dieser ist primär auf Projektverzögerungen zurückzuführen, was auf dieser Kreditposition die Umsetzung der Sparvorgabe des Bundesrates sowie die Kompen-

sation zugunsten des Hochwasserschutzes erlaubte. Fortgeführt werden u.a. die Baustellen A2 Nordtangente Basel, A4 Knonaueramt, A4 Umfahrung Flüelen, A4/A20 Westumfahrung Zürich inkl. Üetlibergtunnel, A16 Landesgrenze-Portentruy und Bereich Moutier. Zugleich ist vorgesehen, die Umfahrungen Biel (Ostast) und Lungern in Angriff zu nehmen.

- Nationalstrassenunterhalt (550 Mio bzw. rund 43% des Neubauvolumens) und -betrieb (131 Mio) bleiben gegenüber dem Vorjahr stabil.
- Bei den Hauptstrassen wird der Grossteil der Mittel (189 Mio), die gegenüber dem Voranschlag 2006 ebenfalls keine Änderung erfahren, für die Umfahrung Flims (GR), Umfahrung Aarburg (AG), Westumfahrung Solothurn (SO), Umfahrung Staegjitschuggen (VS), Umfahrung Sissach (BL), Umfahrung Bulle (FR), Umfahrung Bazenhaid (SG), Umfahrung Corcelles (NE), Schwanderholzstutz (LU) sowie Vedeggio (TI) beansprucht.

- Bei den übrigen werkgebundenen Beiträgen ist ein leichter Rückgang, u.a. infolge Umsetzung des Entlastungsprogramms 03 (Ortsbilderschutz, Lawinengalerien), zu verzeichnen. Bei den Niveauübergängen sind für 2007 noch fünf Millionen vorgesehen. Wegen ungenügender Projektreife haben sich hier Verzögerungen ergeben.
- In Abhängigkeit zu den zweckgebundenen Einnahmen bleiben die nicht werkgebundenen Beiträge an die Kantone mit 510 Millionen (ordentlicher und ausserordentlicher Anteil) stabil.
- Der Eigenbereich zeigt ein markantes Wachstum von 38 auf 78 Millionen. Die Übernahme der Zuständigkeit für die Nationalstrassen durch den Bund im Rahmen von NFA bedingt eine Aufstockung des Personalbestandes. Um einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten, werden bereits 2007 entsprechende Anstellungen vorgenommen (12 Mio). Ebenfalls neu im Eigenbereich ist das Schwerverkehrsmanagement (20 Mio).

Mit Ausnahme der Kosten für das Schwerverkehrsmanagement werden die Ausgaben im Zusammenhang mit dem Strassenverkehr der Spezialfinanzierung Strassenverkehr belastet. Diese präsentiert sich wie folgt:

Spezialfinanzierung Strassenverkehr

Mio CHF	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006 absolut	%
Einnahmen	3 756	3 768	3 770	3	0,1
Nationalstrassenabgabe	280	272	275	3	0,9
Mineralölsteuer	1 479	1 485	1 485	–	–
Mineralölsteuerzuschlag	1 997	2 010	2 010	–	–
Übrige Einnahmen	1	1	1	–	–
Ausgaben	3 602	3 558	3 528	-30	-0,8
Nationalstrassen	2 019	2 008	1 966	-41	-2,1
Bau	1 310	1 326	1 286	-40	-3,0
Betrieb/Unterhalt	709	682	680	-2	-0,3
Hauptstrassen	191	188	189	1	0,5
Übrige werkgebundene Beiträge	851	817	804	-13	-1,5
Nicht werkgebundene Beiträge	504	509	510	1	0,2
Forschung und Verwaltung	37	37	59	21	56,9
Saldo	154	210	242	32	15,2
Stand der Spezialfinanzierung Ende Jahr	3 855	4 065	4 307	242	6,0

Die Tabelle zeigt die effektiven Ausgaben in den betroffenen Verwaltungseinheiten. Die Totale unterscheiden sich deshalb von denjenigen der einleitenden Tabelle dieses Kapitels, welche die Aufgabensicht widerspiegeln.

Die stabilen Einnahmen und der leichte Rückgang bei den Ausgaben führen auch 2007 zu einem positiven Saldo der Spezialfinanzierung.

Ausgaben für den öffentlichen Verkehr

Mio CHF	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006 absolut	%
Total	4 632	4 521	4 543	22	+0,5
Betriebsbeiträge	1 759	1 733	1 795	62	3,6
Regionaler Personenverkehr	961	955	929	-26	-2,7
Abgeltung kombinierter Verkehr	215	220	218	-2	-0,9
LV SBB Betrieb Infrastruktur	355	356	445	89	25,0
Trassenpreisverbilligung Wagenladungsverkehr	58	20	20	–	0,0
Andere KTU Betrieb Infrastruktur	167	179	180	1	0,6
Autoverlad	3	3	3	–	0,0
Investitionsbeiträge	2 873	2 788	2 748	-40	-1,4
Grundbedarf	1 494	1 502	1 457	-45	-3,0
LV SBB Infrastrukturinvestitionen	1 048	1 058	980	-78	-7,4
Führerstandssignalisierung (ETCS)	46	20	10	-10	-50,0
Behindertengleichstellung	10	10	25	15	150,0
Andere KTU Infrastrukturinvestitionen	336	339	370	31	9,1
Naturschäden	–	–	4	4	–
Verkehrstrennung	22	13	9	-4	-30,8
Anschlussgeleise	20	22	21	-1	-4,5
Investitionen kombinierter Verkehr	12	40	38	-2	-5,0
Grosse Infrastrukturprojekte	1 379	1 286	1 291	5	0,4
Einlagen in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte	1 379	1 286	1 291	5	0,4
davon aus Mineralölsteuer finanziert	451	396	386	-10	-2,5

Finanziert aus Mineralölsteuererträgen: Autoverlad, Verkehrstrennung, Anschlussgeleise, Abgeltung und Investitionen kombinierter Verkehr, Einlagen in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte (teilweise)

Die Tabelle zeigt die effektiven Subventionen für den *öffentlichen Verkehr*. Die Totale unterscheiden sich deshalb von denjenigen der einleitenden Tabelle dieses Kapitels, da bei der Gesamtübersicht die Aufwendungen des Eigenbereichs (Personal-, Sachaufwand etc.) auch eingeschlossen sind.

Obwohl die Ausgaben für den öffentlichen Verkehr gegenüber dem Vorjahr nur marginal wachsen, finden mehrere grössere Verschiebungen statt.

- Im Rahmen der Botschaft über die Leistungsvereinbarung und den Zahlungsrahmen SBB für die Jahre 2007–2010 wurden die Leistungen des Bundes an die SBB (5 880 Mio) auf 1 790 Millionen Betriebsbeiträge und 4 090 Millionen Investitionsbeiträge aufgeteilt. Die Betriebsbeiträge an die SBB erhöhen sich damit im Vergleich zum Vorjahr um 89 Millionen. Die Begründung liegt darin, dass die Vergrösserung des Netzes (insbesondere Bahn 2000 1. Etappe) und die steigenden Verkehrsleistungen pro Strecke zu höheren Betriebskosten führen. Da die Bahnen die betriebsnotwendigen Aufwendungen nur teilweise selbst erwirtschaften können, muss der Bund die entsprechende Differenz abgelden. Bei den Investitionsbeiträgen an die SBB wird hingegen eine Kürzung (-78 Mio) vorgenommen. Gleichzeitig werden im Kredit LV SBB Infrastrukturinvestitionen neu die früheren Rubriken LV SBB Darlehen Infrastrukturinvestitionen und LV SBB Abschreibung Infrastruktur zusammengefasst. Dies weil mit beiden Rubriken Infrastrukturinvestitionen ins SBB-Netz finanziert wurden und mit der Zusammenlegung haushalts-

neutrale Umbuchungen via Nachtragskredite in Zukunft verhindert werden können.

- Zur Einhaltung der bundesrätlichen Sparvorgabe wurden beim Regionalen Personenverkehr 30 Millionen im Vergleich zum Finanzplan gekürzt. Die Betriebsbeiträge an den öffentlichen Verkehr wachsen deshalb nicht im Ausmass der SBB-Aufstockung.
- Bei den Investitionsbeiträgen stehen dem Rückgang bei der SBB einerseits die vom Ständerat beschlossene Erhöhung des 9. Rahmenkredites beim Kredit «Andere KTU Infrastrukturinvestitionen» um 30 Millionen gegenüber. Andererseits sind mehr Mittel für eine behindertengerechte öffentliche Verkehrsinfrastruktur (+15 Mio) sowie eine höhere Einlage in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte (+5 Mio) vorgesehen. Da bis Ende 2007 alle für den Betrieb auf der Neubaus Strecke Mattstetten – Rothrist und dem Lötschberg-Basistunnel benötigten Fahrzeuge mit ETCS ausgerüstet sein werden, läuft die Subventionierung der Führstandssignalisierung mit ETCS aus.

Die Ausgaben des Bundes für die Luftfahrt bewegen sich grösstenteils im Rahmen des letzten Jahres. Während der Betriebsaufwand leicht ansteigt, entfällt im Vergleich zum Vorjahr die Anschaffung eines Luftfahrzeuges (-3 Mio). Im Weiteren ist auch die letzte Darlehenstranche an Skyguide für den Neubau Dübendorf tiefer als im Voranschlag 2006 (-3 Mio).

125 Landesverteidigung

Mio CHF	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006	
				absolut	%
Landesverteidigung	4 386	4 304	4 407	102	2,4
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	8,5	8,2	8,0		
Militärische Landesverteidigung	4 289	4 206	4 313	107	2,5
Nationale Sicherheitskooperation	98	99	94	-5	-4,7

Die Landesverteidigung umfasst die *Militärische Landesverteidigung*, die rund 98 Prozent der zur Verfügung stehenden Mittel beansprucht und die *Nationale Sicherheitskooperation* (ehemals «Zivile Landesverteidigung»).

Die Militärische Landesverteidigung umfasst 7,8 Prozent der ordentlichen Ausgaben des Bundes. Von diesen für die Militärische Landesverteidigung budgetierten Mitteln sind 187 Millionen (4,3 %) zugunsten der Internationalen militärischen Kooperation und Friedenserhaltung (inkl. Anteil an Genfer Zentren).

Als Ursache für die Veränderung gegenüber dem Voranschlag 2006 (+107 Mio bzw. +2,5 %) sind als wichtigste Einflussfaktoren zu nennen:

- NRM-bedingte Anpassungen +61 Millionen (z. B. Abrechnung der Verkäufe von Brenn- und Treibstoffen nach dem Bruttoprinzip). Diesen Zusatzbelastungen stehen entsprechende Mehrerträge auf der Einnahmenseite gegenüber.
- Internationale militärische Kooperation und Friedenserhaltung +30 Millionen. (Erhöhung der Leistungen zugunsten von friedenserhaltenden Einsätzen im Rahmen der UNO.)
- Lohnmassnahmen 2007 (Teuerungsausgleich, unversicherte Zulage +11 Mio).

Unter Ausklammerung dieser sich vor allem betriebsseitig auswirkenden Veränderungen stagnieren die Ausgaben für diesen Aufgabenbereich.

Das im Hinblick auf das Ziel der Erreichung eines mittleren Technologiegrades der Armee interessierende Verhältnis zwischen *Betriebs-* (Personal-, Sach- und Transferausgaben: 2 786 Mio) und *Rüstungsausgaben* (Rüstungs- und Investitionsausgaben: 1 527 Mio) liegt bei 65 zu 35 Prozent (inkl. Arbeitgeberbeiträge). Bedingt durch die oben beschriebenen Faktoren bedeutet das gegenüber 2006 eine Verschiebung um einen Prozentpunkt zu Lasten der Rüstungsausgaben. Dennoch wird die mit der Umsetzung der Armee XXI eingeleitete Strategien der Verlagerung von Mitteln von den Betriebs- zu den Rüstungsausgaben weiter verfolgt. Absolut gesehen bleiben die Rüstungsausgaben aber trotz der gemäss Entlastungsprogramm 2004 (EP 04) im Jahr 2007 umzusetzenden zusätzlichen Einsparung von 48 Millionen auf dem Niveau von 2006 (1 529 Mio). Aufgrund des dem Verteidigungsbereich mit dem EP 04 zur Verbesserung der Planungssicherheit und Erhöhung der finanziellen Flexibilität gewährten Ausgabenplafonds beziehungsweise der damit verbundenen Regelungen, können Kreditreste des Vorjahres (auch der Betriebsausgaben) übertragen und zugunsten von Rüstungsinvestitionen eingesetzt werden, was zu einer Verbesserung des oben genannten Verhältnisses führt. So wurden von 2004 auf 2005 auf dem Nachtragsweg rund 126 Millionen übertragen und zum grössten Teil investiv eingesetzt. Im Haushaltjahr 2005 sind übertragbare Kreditreste von rund 200 Millionen angefallen.

Die *Nationale Sicherheitskooperation* erfährt eine Mittelreduktion, die vorwiegend durch die Übertragung der Verantwortung und der Mittel für das Projekt «Sanierung des UKW-77-Netzes» an die armasuisse (Militärische Landesverteidigung) bedingt ist.

126 Bildung und Forschung

Mio CHF	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006	
				absolut	%
Bildung und Forschung	4 588	4 759	5 196	436	9,2
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	8,9	9,0	9,4		
Berufsbildung	497	541	532	-9	-1,7
Hochschulen	1 427	1 471	1 611	140	9,5
Grundlagenforschung	1 640	1 701	1 945	244	14,3
Angewandte Forschung	948	976	1 043	67	6,9
Übriges Bildungswesen	76	70	65	-5	-7,6

Für die Bildung sind 2 208 Millionen oder rund 42 Prozent der Mittel des Aufgabenbereichs vorgesehen, während die Forschung 58 Prozent der Mittel beansprucht. Die Verschiebung zu Gunsten der Forschung ist die Konsequenz eines neuen Verteilschlüssels im ETH-Bereich basierend auf den Angaben des ETH-Rats. Während in der vorangegangenen Budgetierung 79 Prozent des Finanzierungsbeitrags des Bundes an den ETH-Bereich den Hochschulen zugerechnet wurden, sind es jetzt nur noch 26 Prozent. Diese Umschlüsselung ist in der Tabelle bereits berücksichtigt.

Im Zusammenhang mit NRM entrichtet der ETH-Bereich dem Bund neu Mietbeiträge von insgesamt 443 Millionen für seine Unterbringung. Da der Bund ihm die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung stellt, resultiert eine haushaltneutrale Aufblähung des Bundeshaushaltes in dieser Höhe.

Das negative Wachstum in der *Berufsbildung* ist in erster Linie eine Folge der Neukonzipierung des Schweizerischen Instituts für Berufspädagogik. Dieses wird ab 2007 als selbständiges Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung geführt; seine Mittel werden neu dem Hochschulbereich zugeordnet (-25 Mio). Eine Reduktion ist auch bei den Innovations- und Projektbeiträgen zu verzeichnen (-8 Mio), welche seit ihrer Einführung 2004 noch nie ausgeschöpft wurden. Die Pauschalbeiträge an die Kantone gemäss Berufsbildungsgesetz wachsen dagegen um 23 Millionen und weisen damit einen Zuwachs von 5,4 Prozent auf.

Die Beiträge an die *Hochschulen* nehmen um 140 Millionen zu. Dieser Zuwachs ist zur Hauptsache eine Konsequenz der Mietbeiträge der beiden ETH an den Bund (+123 Mio). Die Beiträge an die Fachhochschulen wachsen um 14 Millionen (+4,9 %). Bei den kantonalen Hochschulen verzeichnen dagegen sowohl die Grundbeiträge wie auch die Investitionsbeiträge ein negatives

Wachstum von 13 Millionen beziehungsweise fünf Millionen (insgesamt -2,6 %).

Bei den Forschungsausgaben wird zwischen der *Grundlagenforschung* und der angewandten Forschung unterschieden. Zu den Ausgaben für Grundlagenforschung gehören beispielsweise die Beiträge an den Schweizerischen Nationalfonds, ein Teil der Leistungen an internationale Organisationen wie beispielsweise das CERN und teilweise die europäische Raumfahrtbehörde (ESA) sowie – aufgrund des einleitend beschriebenen neuen Verteilschlüssels – rund 60 Prozent des Finanzierungsbeitrags des Bundes an den ETH-Bereich. Bei den EU-Forschungsrahmenprogrammen wird berücksichtigt, dass in erster Linie die angewandte Forschung unterstützt wird, weshalb diese bloss noch zu 10 Prozent der Grundlagenforschung zugerechnet wird. Der Nationalfonds weist trotz dem gegenüber dem Vorjahr um 20 Millionen erhöhten Reservenabbau gemäss EP 04 einen Zuwachs von 4,7 Prozent auf. Wegen der Verrechnung mit den in früheren Jahren geleisteten Darlehen beträgt der Schweizer Beitrag an das CERN nur rund vier Millionen (-30 Mio). Von den dem Bund zu entrichtenden Mieten des ETH-Bereichs werden 266 Millionen der Grundlagenforschung angerechnet.

Zur *angewandten Forschung* gehören namentlich ein Teil der Aufgaben des ETH-Bereichs, der landwirtschaftlichen Forschungsanstalten sowie der ESA und der Kommission für Technologie und Innovation (KTI). Neu werden auch 90 Prozent der Mittel für die EU-Forschungsrahmenprogramme (248 Mio) dazu gezählt. Von den Mietkosten des ETH-Bereichs werden 58 Millionen der angewandten Forschung zugeordnet.

Beim *übrigen Bildungswesen* führt das Auslaufen des Projektes Schulen im Netz zu einem Rückgang von vier Millionen.

127 Landwirtschaft und Ernährung

Mio CHF	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006 absolut	%
Landwirtschaft und Ernährung	3 608	3 594	3 596	2	0,1
% Anteil an ordentlichen Ausgaben	7,0	6,8	6,5		
Grundlagenverbesserungen und Sozialmassnahmen	264	281	288	7	2,5
Produktion und Absatz	767	730	638	-92	-12,6
Direktzahlungen	2 464	2 472	2 561	89	3,6
Übrige Ausgaben	113	111	109	-2	-1,8

Der überwiegende Teil der Landwirtschaftsausgaben wird seit der Inkraftsetzung der Agrarpolitik 2002 per 1. Januar 2000 gemäss den Vorgaben des Landwirtschaftsgesetzes (LwG) über drei Zahlungsrahmen gesteuert. Die laufenden Zahlungsrahmen 2004-2007 wurden zusammen mit den Beschlüssen zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik (AP 2007) am 5. Juni 2003

festgelegt und im Rahmen der Nachträge 2004 und 2005 den Parlamentsbeschlüssen zu den beiden Entlastungsprogrammen EPO3 und EPO4 angepasst. Die Zahlungsrahmen betragen für die Jahre 2004-2007: Grundlagenverbesserungen und Sozialmassnahmen 890 Millionen, Produktion und Absatz 2 761 Millionen, Direktzahlungen 9 978 Millionen.

In der weitgehend stabilen Entwicklung der Agrarausgaben zeigt sich die Neuausrichtung der Agrarpolitik hin zu mehr Markt und Ökologie, welche Ende der 90er Jahre eingeleitet worden ist. Die Unterschreitung des geltenden Finanzplans im Umfange von 73 Millionen ist weitgehend auf die Reduktion der Flächenbeiträge bei den Direktzahlungen um 50 Fr./ha zur Erreichung der Sparvorgaben des Bundesrats zurückzuführen.

Rund 70 Prozent der Agrarausgaben werden für allgemeine und ökologische *Direktzahlungen* eingesetzt. Die Zunahme bei den Direktzahlungen ist schwergewichtig auf die Mittelumlagerung von der Marktstützung zu den Direktzahlungen im Zusammenhang mit der Ausweitung der Raufutterbeiträge auf Milchkühe sowie auf Mehrausgaben bei den ökologischen Direktzahlungen zurückzuführen.

Die Ausgaben der *Marktstützung* umfassen die Massnahmen der Absatzförderung, der Milch- und Viehwirtschaft, des Pflanzenbaus sowie die Ausfuhrbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte («Schoggi-Gesetz»). Der Anteil der Marktstützung an den Landwirtschaftsausgaben nimmt weiter ab und macht noch knapp 20 Prozent aus. Als Folge der Mittelumlagerungen zu den Direktzahlungen reduzieren sich die Ausgaben

für Beihilfen und Zulagen im Milchbereich um 76 Millionen und betragen neu noch rund 360 Millionen. Finanzpolitische Erfordernisse (EP03/04), internationale Verpflichtungen (WTO) und die Weiterentwicklung der schweizerischen Agrarpolitik führen dazu, dass dieser Stützbereich weiter abgebaut wird.

Die Massnahmen der *Grundlagenverbesserungen* dienen hauptsächlich der Kostensenkung und der Verbesserung der Produktqualität und sollen damit die Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Landwirtschaft verbessern. Schwergewichtig entfallen die Ausgaben auf die Instrumente Strukturverbesserungen, Investitionskredite sowie auf Pflanzen- und Tierzuchtmassnahmen. Die Ausgaben im Bereich der Grundlagenverbesserungen nehmen zu, was auf die Mittelaufstockung im Zusammenhang mit dem Unwetter 2005 zurückzuführen ist. Die teilweisen Kompensationen dieser Mehrausgaben wurden schwergewichtig bei den Umschulungsbeihilfen und den Betriebshilfen vorgenommen, was gegenüber dem Vorjahr zu Minderausgaben im Bereich der *sozialen Massnahmen* führt. Nebst den erwähnten Positionen Umschulungsbeihilfen und Betriebshilfen stellen die Familienzulagen in der Landwirtschaft den massgebenden Ausgabenposten dar.

128 Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit

Mio CHF	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006 absolut	%
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 276	2 291	2 346	55	2,4
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	4,4	4,3	4,3		
Politische Beziehungen	588	608	646	39	6,3
Hilfe an Entwicklungs- und Transitionsländer	1 596	1 590	1 601	11	0,7
Wirtschaftliche Beziehungen	92	93	99	6	6,2

Innerhalb der Beziehungen zum Ausland und der internationalen Entwicklungszusammenarbeit wird zwischen den politischen Beziehungen, den Hilfeleistungen an Entwicklungs- und Transitionsländer sowie den wirtschaftlichen Beziehungen unterschieden.

28 Prozent der Ausgaben in diesem Bereich entfallen auf den Sektor *politische Beziehungen*. Er umfasst insbesondere die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Schweiz, verschiedene Beiträge der Schweiz an die internationalen Organisationen (UNO, Europarat usw.), die Sitzstaatspolitik, die zivile Konfliktbewältigung und die Förderung der Menschenrechte sowie weitere Bereiche wie den Beitrag an die SRG-Sendungen für das Ausland. Die Erhöhung gegenüber dem Voranschlag 2006 ist vor allem auf den Beitrag der Schweiz an die UNO (Zunahme der friedenserhaltenden UN-Operationen namentlich in Afrika) sowie auf die Tatsache zurückzuführen, dass der Beitrag an die SRG-Sendungen für das Ausland neu diesem Sektor zugerechnet wird.

Auf den Sektor *Hilfeleistungen an Entwicklungs- und Transitionsländer* entfallen fast 70 Prozent der Gesamtausgaben dieses Bereichs; dieser Anteil ist im Vergleich zum Voranschlag 2006 leicht gestiegen. Dieser Sektor umfasst die technische Zusammenarbeit und die Finanzhilfe, die humanitäre Hilfe, die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit, die Beteiligung an den regionalen Entwicklungsbanken, die Beiträge an die internationalen Entwicklungsorganisationen und einen Teil der Hilfeleistungen an die Transitionsländer (Osthilfe). Die Ausgaben zu Gunsten der Staaten Osteuropas sind stark rückläufig (-34 Mio), was in erster Linie auf die Kompensationen im Zusammenhang mit dem Schweizer Beitrag an die Erweiterung der Europäischen Union zurückzuführen ist (insgesamt ca. 30 Mio., die Hälfte davon im Bereich der Hilfeleistungen an die Entwicklungs- und Transitionsländer). Die Beiträge an die internationalen Organisationen wachsen um knapp 24 Millionen, die multilateralen Umweltfonds um knapp 10 Millionen, der Beitrag zur Kapitalaufstockung der Internationalen Entwicklungsgesellschaft (Weltbank) um 7 Millionen und die finanzielle Unterstützung der humanitären Aktionen um rund 2 Millionen.

Rund vier Prozent der Ausgaben dieses Bereichs entfallen auf den Sektor *wirtschaftliche Beziehungen*. Ausser den Beiträgen an die internationalen Organisationen im Wirtschaftsbereich (WTO, EFTA, Internationaler Währungsfonds) umfasst dieser Sektor die übrigen wirtschaftlichen Beziehungen sowie einen Teil der Hilfe an die osteuropäischen Staaten. Dort haben auch

die wichtigsten Neuerungen gegenüber dem Voranschlag 2006 stattgefunden: insbesondere die Reduktion der Darlehen und Beteiligungen in den osteuropäischen Staaten (-5 Mio) sowie der Beteiligung an der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (-1 Mio), ferner die Berücksichtigung der Mittel, die für die Schweizer Beteiligung an der Erweiterung der Europäischen Union eingestellt sind.

129 Übrige Aufgabengebiete

Mio CHF	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006 absolut %	
Übrige Aufgabengebiete	4 576	4 915	4 960	45	0,9
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	8,9	9,3	9,0		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 205	2 392	2 357	-35	-1,5
Ordnung und öffentliche Sicherheit	756	835	858	23	2,8
Kultur und Freizeit	437	429	441	12	2,7
Gesundheit	200	205	206	2	0,9
Umweltschutz und Raumordnung	514	555	566	11	1,9
Wirtschaft	465	499	532	33	6,6

Die Ausgaben der übrigen sechs Aufgabengebiete des Bundes belaufen sich im Voranschlag 2007 auf knapp fünf Milliarden (9 % des Haushalts). Sie wachsen im Vorjahresvergleich um 0,9 Prozent beziehungsweise 45 Millionen (3 % des Gesamtwachstums). Die Mehrzahl der in diesen sechs Gebieten wahrgenommenen Aufgaben muss 2007 aber effektiv mit weniger Mitteln auskommen als im laufenden Jahr: Über 40 Millionen der Mehrausgaben entfallen auf den Hochwasserschutz beziehungsweise auf die Beseitigung von Schäden der Hochwasserereignisse 2005 (Aufgabengebiete Umweltschutz und Raumordnung sowie Wirtschaft). Rund 20 Millionen beträgt der Ausgabenzuwachs für die EURO 08 (Kultur und Freizeit). Um ebenfalls 20 Millionen steigen die Rückerstattungen aus der VOC-Lenkungsabgabe (Umweltschutz und Raumordnung). Bei der Sanierung von Altlasten sind Mehrausgaben von 15 Millionen vollumfänglich durch die Altlastenabgabe gedeckt (Umweltschutz und Raumordnung). Mehrausgaben von sechs Millionen entstehen schliesslich infolge Bruttoverbuchung der Beiträge an die Schlachtabfallentsorgung (Gesundheit). Diese ausserordentlichen, teilweise nicht steuerbaren Entwicklungen schlagen mit rund 100 Millionen zu Buche. Ohne sie würden sich die Ausgaben in diesen sechs Aufgabengebieten deutlich rückläufig entwickeln.

Markant ist der Rückgang im Aufgabengebiet institutionelle und finanzielle Voraussetzungen (früher: Allgemeine Verwaltung). Dazu tragen mit Ausnahme der Legislative (+3 Mio) sowie des Bereichs Datenerfassung und -aufbereitung (Statistik, Meteo-Schweiz, Swisstopo; +6 Mio), dessen Mehrausgaben insbesondere durch die Bilateralen Abkommen mit der EU begründet sind, sämtliche Teilaufgabengebiete bei (Stab Bundesrat, Führungs-

unterstützung Departemente, Finanz- und Steuerpolitik, interne Dienstleistungen). Das Wachstum des Aufgabengebiets Ordnung und öffentliche Sicherheit verteilt sich zum einen auf das neu geschaffene Bundesverwaltungsgericht (+20 Mio) sowie auf die Grenzbewachung (+8 Mio). Hier fallen insbesondere Investitionen in den Bereichen Funknetz, Betäubungsmittelschmuggel und Geländeüberwachung ins Gewicht. Im Aufgabengebiet Kultur und Freizeit schlägt sich das gestiegene Engagement des Bundes für die EURO 08 nieder. Gegenüber dem Voranschlag 2006 resultieren Mehrausgaben von rund 20 Millionen, aufgeteilt auf Projektleitung, Standortmarketing und Beiträge an den Ausbau der Fussballstadien in Zürich und Genf. Andere Bereiche des Aufgabengebiets werden hingegen gekürzt, so die Denkmalpflege und die Kulturförderung. Im Aufgabengebiet Umweltschutz und Raumordnung werden markante Umschichtungen vorgenommen. Während die Beiträge an Abwasser- und Abfallbeseitigungsanlagen insgesamt um 60 Millionen zurückgenommen werden können, erfahren insbesondere der Hochwasserschutz (+28 Mio), die Rückerstattungen der VOC-Abgabe (+20 Mio) und die Sanierung von Altlasten (+15 Mio) deutliche Aufstockungen. Das Ausgabenwachstum im Aufgabengebiet Wirtschaft lässt sich im wesentlichen durch drei Faktoren erklären: Mehrausgaben bei der Finanzmarktaufsicht (+7 Mio), Aufstockungen im Forstbereich, die im Zusammenhang mit der Beseitigung der Hochwasserschäden 2005 stehen (+15 Mio), und Erhöhung der Darlehen an die Gesellschaft für Hotelkredit (+17 Mio), wobei diese Darlehenszahlungen, die im Rahmen des Entlastungsprogramms 2003 in den Jahren 2004-2006 stark gekürzt worden sind, nach 2007 auslaufen.

13 Querschnittsfunktionen

131 Personal

Mio CHF	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006 absolut	%
Personalaufwand	4 375	4 506	4 542	36	0,8
Personalaufwand zu Lasten von Personalkrediten	4 259	4 374	4 426	53	1,2
Legislative	61	65	62	-4	-5,7
Entschädigungen für Parlamentarier	35	38	35	-3	-8,7
Personalaufwand ¹	26	27	27	-1	-2,2
Übriger Personalaufwand	–	–	–	–	140,0
Judikative	73	82	124	42	50,8
Bezüge Bundesrichter	27	30	33	4	12,2
Personalaufwand ¹	46	52	90	37	71,4
Übriger Personalaufwand	–	–	1	1	218,8
Exekutive	3 950	3 996	3 876	-120	-3,0
Bezüge BR und BK	4	4	4	–	–
Bezüge Kommissionen	1	1	1	–	9,1
Personalaufwand ¹	3 838	3 880	3 755	-125	-3,2
Personalaufwand Lokalpersonal EDA ¹	41	42	45	3	6,9
Übriger Personalaufwand	66	69	71	2	3,3
Global- und Spezialkredite	108	162	297	135	83,6
Bundesratsreserve	–	10	2	-8	-82,2
Erwerbsbehinderte ¹	–	12	12	–	-1,6
Hochschulpraktikanten ¹	–	3	5	2	66,7
Lernende ¹	–	12	11	–	–
Lohnmassnahmen ²	–	2	98	96	–
Arbeitgeberbeiträge global ³	–	16	66	51	–
Arbeitgeberleistungen ⁴	108	107	103	-5	-4,3
Umstrukturierungen	67	68	67	-1	-1,6
Sozialplan	67	68	67	-1	-1,6
Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten	117	133	116	-17	-12,6
Aufwand für befristet angestelltes Personal ¹	117	133	116	-17	-12,6
Personalausgaben	4 375	4 506	4 542	36	0,8

1 Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge

2 V06 verbleibender Kreditrest; V07 vorsorglich eingestellte Lohnmassnahmen

3 R05 dezentralisiert; V06 für zentral eingestellte Kredite reserviert; V07 für Lohnmassnahmen und zentral eingestellte Kredite reserviert

4 VLVA (Verordnung über die Leistungen bei vorzeitigem Altersrücktritt von Bediensteten in besonderen Dienstverhältnissen), Arbeitgeberzusatzleistungen VLVA, Garantiefrauen, Berufsunfall und Berufsinvalidität, Altlasten PKB (Prozessrisiken)

Übersicht

Mit der Einführung des NRM wurde der Personalaufwand neu gegliedert. So umfassen die Aufwendungen im Personalbereich neu auch die bundesweiten Kosten für Aus- und Weiterbildung, Kinderbetreuung, Personalmarketing sowie verschiedene andere Posten. Dabei handelt es sich *nicht um zusätzliche Ausgaben*, sondern um Aufwendungen, die im Voranschlag 2007 erstmals unter dem Personalaufwand budgetiert werden. Die Neugliederung führt dazu, dass der Personalaufwand ceteris paribus um 60-70 Millionen höher ausfällt, als vor der Umstellung auf NRM.

Um dennoch eine Vergleichbarkeit mit den Vorjahren zu ermöglichen, wurden diese Aufwendungen in der Rechnung 2005 und

im Voranschlag 2006 nach der neuen Gliederung strukturiert. Dabei sind einige wenige Posten nicht sachgerecht umgeschlüsselt worden. So fehlen in diesen Jahren im Sinne der Neugliederung zwischen 10-12 Millionen im Personalaufwand (davon 9 Mio für Einsätze mit Korpsangehörigen SKH).

Ferner wird der Personalaufwand nach den drei staatlichen Gewalten gegliedert. Hinzu kommen die Global- und Spezialkredite, welche zentral im Eidg. Personalamt budgetiert und verwaltet werden.

Unter Berücksichtigung der genannten nicht sachgerecht vorgenommenen Umschlüsselung steigt der Personalaufwand gegenüber dem Voranschlag 2006 um 24-26 Millionen (+0,5 %). Der

Zuwachs mag angesichts der laufenden Sparbemühungen überraschen. Er begründet sich vorab durch Aufstockungen bei der Judikative (Reorganisation der Gerichte) und den Global- und Spezialkrediten. Die verschiedenen Ursachen werden nachfolgend im Einzelnen erklärt.

Legislative

Der Personalaufwand bei der Legislative ist auf Grund einer internen Reorganisation der Parlamentsdienste leicht abnehmend.

Judikative

Die Bezüge der Richter und der Personalaufwand der Judikative steigt um rund 42 Millionen (+51 %) an. Der verhältnismässig grosse Zuwachs ist auf die laufende Reorganisation der Gerichte zurückzuführen. Wegen dem Aufbau des Bundesverwaltungsgerichtes werden die heutigen Rekurskommissionen in den Departementen aufgelöst. Dies führt zu einem Transfer der Mittel von der Exekutive zur Judikative. Der Transfer macht rund zwei Drittel des gesamten Zuwachses aus. Hinzu kommen aufgestockte Mittel für Richter und Personal in der Höhe von gut einem Drittel des Gesamtzuwachses. Diese zusätzliche Erhöhung beruht in erster Linie darauf, dass im Bundesverwaltungsgericht das Gerichtspersonal (z.B. Gerichtsschreiber) mehrheitlich höher eingereiht wird als bisher in den Rekurskommissionen. Nach Abschluss des Rekrutierungsverfahrens soll deshalb die Lohnsumme nochmals neu berechnet werden. Der so ermittelte Korrekturbetrag wird dem Parlament im Herbst 2006 im Rahmen der Budgetberatungen durch das Bundesverwaltungsgericht schriftlich mitgeteilt.

Exekutive

Der für die Kostensteuerung massgebende Personalaufwand der Exekutive nimmt gegenüber dem Voranschlag 2006 um 120 Millionen (-3,0 %) ab. Diese Abnahme setzt sich primär aus drei Posten zusammen: Erstens wirken auch im Voranschlagsjahr 2007 die beschlossenen Sparmassnahmen. So werden mit der Aufgabenverzichtsplanung (AVP) und der Departementsreform VBS 46 Millionen eingespart. Zweitens werden mit der Auflösung der Rekurskommissionen sowie der Auslagerung des Institutes für Berufspädagogik Kredite im Umfang von 31 Millionen zur Judikative und in den dritten Kreis transferiert. Drittens ergibt sich eine haushaltsneutrale Differenz aus den eingestellten Lohnmassnahmen. Im Voranschlag 2006 sind diese wegen der einmaligen März-Zulage im Personalaufwand der Departemente enthalten. Im Voranschlag 2007 werden die vorsorglich eingestellten Mittel noch zentral unter den Global- und Spezialkrediten des EPA budgetiert, da sie erst nach den Verhandlungen mit den Sozialpartnern im Dezember an die Dienststellen abgetreten werden. Die Differenz beträgt 46 Millionen. Dem gegenüber steht eine leichte Zunahme des übrigen Personalaufwandes und des Personalaufwandes für Lokalpersonal beim EDA von insgesamt acht Millionen.

Zudem werden mit dem Voranschlag 2007 neun neue nach Leistungsauftrag und Globalbudget geführte Ämter (FLAG) von der eigentlichen Kernverwaltung in den zweiten Kreis wechseln.

Global- und Spezialkredite

Nach Abschluss der diesjährigen *Gesamtbeurteilung im Ressourcenbereich* ist die Bundesratsreserve fast restlos aufgebraucht. Es wurden insgesamt acht Millionen an die gesuchstellenden Verwaltungseinheiten verteilt. Sollen das Verfahren und der Handlungsspielraum des Bundesrates beibehalten werden, muss eine neue Alimentierung erfolgen. Grundsätzlich wird bei allen Reorganisationen, welche zu substantiellen Einsparungen im Personalbereich führen, zu prüfen sein, ob ein Teil davon an die Bundesratsreserve abgetreten werden soll.

Der Kredit für Hochschulpraktika wächst im Voranschlag 2007 um zwei auf insgesamt fünf Millionen an. Ziel der Hochschulpraktika ist es, den Hochschulabgängern einen ersten Praxiseinstieg zu ermöglichen. Aufgrund der Reform der Bildungslandschaft (Stichwort: Bologna) und der dadurch weiter gestiegenen Nachfrage nach Praktikumsplätzen, hat der Bundesrat eine Aufstockung dieser Mittel beschlossen. Hinzu kommt, dass auch die Bundesverwaltung im zunehmenden Kampf um junge Talente konkurrenzfähig bleiben sollte und entsprechende Rekrutierungsgefässe in Form von Praktika anbieten muss.

Die Planung der Lohnmassnahmen stützt sich auf das im Spätsommer 2004 mit den Personalverbänden abgeschlossene Gesamtpaket Lohnmassnahmen/berufliche Vorsorge und der Lohn- und Pensionskassenvergleichsstudie vom Herbst 2005. Das Gesamtpaket sieht lohnseitig vor, dem Personal im 2007 wieder einen Teuerungsausgleich zu gewähren, welcher in etwa der in den Jahren 2004-2006 aufgelaufenen Teuerung entspricht (rund 3,4 %). Dem Gesamtpaket ist unterlegt, dass der Primatwechsel in der beruflichen Vorsorge – nach damaligem Wissensstand – per 1. Januar 2007 erfolgt. Da der Primatwechsel frühestens im Verlauf des Jahres 2008 zu erwarten ist, muss wegen fehlenden finanziellen Mitteln von einem rentenbildenden Ausgleich im Umfang der kumulierten Teuerung 2004-2006 abgesehen werden. Dieser würde – weil noch immer im Leistungsprimat versichert – mit 270 Millionen die im Voranschlag eingestellten Mittel um 120 Millionen überschreiten. Stattdessen ist nun geplant 2007 einen vollen Teuerungsausgleich und mit Blick auf die Ergebnisse der Lohnvergleichsstudie gegebenenfalls eine nach Funktionen und Leistungen abgestufte einmalige Zulage zu gewähren. Der ursprünglich vorgesehene Ausgleich der aufgelaufenen Teuerung soll nach vollzogenem Primatwechsel – voraussichtlich im Verlauf 2008 – erfolgen.

Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten

Der Rückgang beim Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten liegt im Rahmen der normalen Schwankungen und folgt der Tendenz der allgemeinen Sparbemühungen.

132 Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Mio CHF	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006 absolut	%
Finanzierungsrechnung					
Einnahmen	11	11	28	17	144,5
Laufende Einnahmen	11	11	28	17	144,5
Investitionseinnahmen	–	–	–	–	–
Ausgaben	596	667	706	40	5,9
Laufende Ausgaben	372	395	583	188	47,6
Investitionsausgaben	224	272	123	-148	-54,7

Die laufenden Einnahmen im IKT-Bereich steigen um 17 Millionen. Grund dafür ist die Zunahme der Leistungen, die das Bundesamt für Informatik (BIT) für externe Dritte erbringt und diesen in Rechnung stellt. Bei den Ausgaben erfolgt eine Verschiebung von 148 Millionen von den Investitionsausgaben zu den laufenden Ausgaben. Diese resultiert aus den strengeren Aktivierungsregeln und höheren Aktivierungsgrenzen bei den immateriellen Anlagen (Software), die mit NRM zur Anwendung kommen. Korrigiert um diesen Faktor ist eine Erhöhung der laufenden Ausgaben um 40 Millionen zu verzeichnen. Diese Zunahme ist auf die höheren Sach- und Betriebsausgaben beim BIT (Bestandteil des Globalbudgets) zurückzuführen. Diesen Mehrausgaben stehen die oben erwähnten Mehreinnahmen gegenüber.

Für die neu bewerteten Bestände des Verwaltungsvermögens im Informatikbereich sind insgesamt 79 Millionen für Abschreibungen budgetiert.

Mit NRM wurde im Bereich IKT die kreditwirksame Leistungsverrechnung eingeführt. Die Leistungserbringer (BIT, Informatikdienstleistungszentren des EDA, EJPD, EVD und VBS, welches neu Teil des Verteidigungsbereichs ist) verrechnen den Leistungsbezügern (LB) sämtliche Leistungen, die sie erbringen. Die Leistungserbringer (LE) weisen in ihren Budgets Erträge aus der Leistungsverrechnung von 421 Millionen aus, dem stehen bei den LB Aufwände aus der Leistungsverrechnung in gleicher Höhe gegenüber. Damit ist der IKT-Bereich volumenmässig einer der bedeutendsten Bereiche, in welchem bundesintern Leistungen verrechnet werden.

Das BIT und das Informatik Service Center des EJPD erbringen nebst den Leistungen für LB der Bundesverwaltung auch Leistungen für bundesnahe Institutionen mit öffentlicher Zweckbestimmung (z.B. PUBLICA, RUAG, EAV, swissmedic) und erzielen damit Einnahmen von 28 Millionen.

Die LB beziehen 62 Prozent der von ihnen nachgefragten IKT-Leistungen bei bundesinternen LE. Bei den LB erscheinen die IKT-Mittel unter folgenden Aufwand- und Investitionskrediten:

- Informatik Sachaufwand (HW-Informatik, SW-Informatik, SW-Lizenzen, Informatik Betrieb/Wartung, Informatikentwicklung und Beratung)

- Übriger Betriebsaufwand (Telekommunikation)
- Abschreibungen Verwaltungsvermögen (Abschreibungen Informatik)
- Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Investition Informatiksysteme, Software [Kauf, Lizenzen, Eigenentwicklungen]).

133 Bundestresorerie

Die Bundestresorerie sorgt dafür, dass die Zahlungsbereitschaft des Bundes sowie der ihr angeschlossenen Betriebe und Anstalten jederzeit gewährleistet ist. Der Finanzierungsbedarf wird grundsätzlich durch Mittelaufnahmen am Geld- und Kapitalmarkt gedeckt. Zum Ausgleich von Liquiditätsschwankungen hält der Bund angemessene Tresorieremittel, welche sicher und zinstragend angelegt sind.

Im Jahr 2007 wird die Bundestresorerie Mittel für folgende Zahlungsbedürfnisse abdecken: Neben dem Vorschuss an den Eisenbahnfonds von voraussichtlich 0,9 Milliarden sind Darlehen an die ALV von einer Milliarde zu finanzieren; sodann sind 2,4 Milliarden für die laufende, schrittweise Ausfinanzierung von PUBLICA, die im Jahr 2008 abgeschlossen sein wird, bereitzustellen. Im Unterschied zum Vorjahr ist aufgrund des Überschusses keine Finanzierung des Defizits der Finanzrechnung mehr nötig. Sodann sind Einnahmen aus Bewegungen im Verwaltungs- und Finanzvermögen geplant. Bei der Sparkasse des Bundespersonals wird mit einem Zufluss von 80 Millionen gerechnet.

Insgesamt wird im Jahr 2007 mit einem *Netto-Finanzierungsbedarf* von rund 3,1 Milliarden gerechnet. Die notwendigen Mittel wird die Bundestresorerie am Geld- und Kapitalmarkt beschaffen. Die wichtigsten Geldbeschaffungsinstrumente sind die Geldmarkt-Buchforderungen und die Anleihen. Allfällige kurzfristige Mittelbedürfnisse und Schwankungen der Tresorieremittel werden im Rahmen des täglichen Cashmanagements durch Geldmarktkredite und -anlagen abgedeckt. Das weiterhin regelmässige Auftreten des Bundes am schweizerischen Kapitalmarkt hilft auch in Zukunft eine angemessene Marktliquidität im Segment der Bundesanleihen zu gewährleisten. Am Kapitalmarkt gelten die Renditen der Bundesanleihen als Referenzgrösse. Das

heisst, dass die Renditen der Obligationen anderer Schuldner mit jener der «Eidgenossen» verglichen werden. Die Bundesanleihen weisen dank der erstklassigen Bonität des Bundes die tiefsten Renditen auf.

Im Rahmen des *Devisen-Bewirtschaftungskonzepts* wird die Treasorie Fremdwährungen von rund 700 Millionen Euros und 500 Millionen US Dollars beschaffen beziehungsweise absichern.

14 Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget (FLAG)

Globalbudgets der FLAG-Verwaltungseinheiten

Mio CHF	Bisherige FLAG-Verwaltungseinheiten				inkl. neue	
	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006 absolut	%	Voranschlag 2007
Erfolgsrechnung						
Ertrag (Globalbudget)						
Funktionsertrag	235	246	290	44	18,0	2 066
Aufwand (Globalbudget)						
Funktionsaufwand	467	505	662	157	31,0	2 191
Investitionsrechnung						
Einnahmen (Globalbudget)						
Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte	–	–	–	–	–	25
Ausgaben (Globalbudget)						
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte	23	23	32	9	40,4	293

Mit der Umstellung von neun weiteren Verwaltungseinheiten auf FLAG unterstehen mit dem Voranschlag 2007 23 Verwaltungseinheiten einer Führung mit Leistungsauftrag und Globalbudget. Damit wird die Zielvorgabe der Gesamtstrategie des Bundesrates für die laufende Legislaturperiode erreicht: die Zahl der mit FLAG geführten Verwaltungseinheiten wird verdoppelt. Die Globalbudgets werden nach den Wirkungs- und Leistungszielen beurteilt, wie sie sich aus den mehrjährigen Leistungsaufträgen ergeben.

Mit dem Übergang zur periodengerechten Buchführung sind neu auch nicht finanzierungswirksame Komponenten in den Krediten enthalten (z. B. Abschreibungen, Leistungsverrechnung für Unterbringung). Zudem kommen mit der Einführung von NRM neue Führungsgrundsätze zum Einsatz (z. B. IKT-Bereich). Diese Faktoren führen zu einer erheblichen Steigerung des Funktionsaufwandes bzw. der Investitionsausgaben, womit die finanziellen Mittel transparenter ausgewiesen werden können.

Bei neuen FLAG-Verwaltungseinheiten ist der direkte Vergleich zu den Vorjahren durch die Umstellung auf FLAG eingeschränkt. Dies wird jedoch mit zusätzlichen Informationen zu den Kosten und Erlösen je Produktgruppe kompensiert.

Der *Funktionsertrag* erhöht sich um 44 Millionen. 41 Millionen entfallen auf die bundesinterne Leistungsverrechnung und sonstige nicht finanzierungswirksamen Kreditanteile infolge der Verbuchung der Lagerbewirtschaftung unter NRM. Die finanzierungswirksamen Funktionserträge der bisherigen 13 FLAG-Verwaltungseinheiten bewegen sich auf dem Niveau des Vorjahresbudgets (+4 Mio).

Die Erhöhung des *Funktionsaufwandes* um 157 Millionen ist im Wesentlichen auf die kreditwirksame Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten (+127 Mio) und übrige nicht finanzierungswirksame Kreditanteile (+48 Mio) zurückzuführen.

Der finanzierungswirksame Funktionsaufwand der 13 Verwaltungseinheiten, die bereits vor 2007 nach den Grundsätzen von FLAG geführt worden sind, hat sich dagegen um rund 19 Millionen reduziert.

Mit den neuen FLAG-Verwaltungseinheiten wird das Verhältnis von Funktionsaufwand und -ertrag ausgeglichen. Dies ist dadurch zu begründen, dass unter den neuen FLAG-Verwaltungseinheiten bundesinterne Leistungserbringer sind (z.B. IKT-Leistungserbringer, Bundesreisezentrale, armasuisse Immobilien). Sie können ihre Leistungen kostendeckend und ertragswirksam weiter verrechnen. Im Funktionsaufwand sind jedoch noch nicht alle Kostenkomponenten enthalten, daher fällt dieser tiefer aus als der Funktionsertrag. Im Funktionsertrag der armasuisse Immobilien sind zusätzlich kalkulatorische Zinsen auf Grundstücke und Objekte enthalten, die den Leistungsbezüglern verrechnet, dem eigenen Funktionsaufwand aber noch nicht belastet werden. Der grösste Anteil der Funktionserträge des FLAG-Bereiches entfällt mit 1,3 Milliarden auf die armasuisse Immobilien. Der entsprechende Funktionsaufwand beträgt indessen lediglich 896 Millionen.

Die *Investitionsausgaben* wachsen im Vorjahresvergleich um neun Millionen. Die Steigerung resultiert aus der mit der Einführung vom NRM zusammenhängenden Verschiebung von Mitteln der Sachausgaben zu den Investitionsausgaben (z.B. Materialeinkauf), den erhöhten Metallpreisen bei swissmint und zusätzlichen Kostenelementen bei der bundesinternen Leistungsverrechnung für Informatikvorhaben der Zentralen Ausgleichskasse.

Gesamthaft haben sich die finanzwirksamen Funktionsaufwände und Investitionsausgaben bei den bisherigen FLAG-Verwaltungseinheiten um 11 Millionen reduziert.

Investitionseinnahmen aus Liegenschaftsverkäufen hat einzig armasuisse Immobilien zu verzeichnen.

15 Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung

Mio CHF

Finanzierungsrechnung	Betrag	Erfolgsrechnung	Betrag	Differenz
Finanzierungsergebnis	918	Jahresergebnis	676	-242
Ordentliches Finanzierungsergebnis	918	Ordentliches Ergebnis	676	-242
Ordentliche Einnahmen	55 948	Ordentlicher Ertrag	55 802	-146
Fiskaleinnahmen	51 493	Fiskalertrag	51 493	–
Regalien und Konzessionen	1 271	Regalien und Konzessionen	1 271	–
Finanzeinnahmen	1 266	Finanzertrag	1 282	16
Übrige laufende Einnahmen	1 700	Übriger Ertrag	1 737	37
Investitionseinnahmen	218			-218
		Entnahmen aus zweckgebundenen Fondsmitteln im Fremdkapital	19	19
Ordentliche Ausgaben	55 030	Ordentlicher Aufwand	55 126	96
Eigenausgaben	8 792	Eigenaufwand	9 941	1 149
Personalausgaben	4 542	Personalaufwand	4 542	–
Sach- und übrige Betriebsausgaben	3 066	Sach- und übriger Betriebsaufwand	3 275	209
Rüstungsausgaben	1 184	Rüstungsaufwand	1 184	–
		Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	940	940
Laufende Transferausgaben	35 668	Transferaufwand	41 119	5 451
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	7 917	Anteile Dritter an Bundeserträgen	7 917	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	3 722	Entschädigungen an Gemeinwesen	3 722	–
Beiträge an eigene Institutionen	13 615	Beiträge an eigene Institutionen	13 621	6
Beiträge an Dritte	10 414	Beiträge an Dritte	10 414	–
		Wertberichtigung Investitionsbeiträge	5 045	5 045
		Wertberichtigung übriger Transferaufwand	400	400
Finanzausgaben	4 125	Finanzaufwand	3 996	-129
Zinsausgaben	3 974	Zinsaufwand	3 837	-137
Übrige Finanzausgaben	151	Übriger Finanzaufwand	159	8
		Einlagen in zweckgebundene Fondsmittel im Fremdkapital	70	70
Investitionsausgaben	6 445			-6 445
Sachanlagen und Vorräte	853			-853
Immaterielle Anlagen	95			-95
Darlehen	439			-439
Beteiligungen	51			-51
Investitionsbeiträge	5 007			-5 007
Ausserordentliche Einnahmen	–	Ausserordentlicher Ertrag	–	–
Ausserordentliche Ausgaben	–	Ausserordentlicher Aufwand	–	–

Im Unterschied zur Finanzierungsrechnung, in der die Einnahmen und Ausgaben nach den Vorgaben der Schuldenbremse gegenübergestellt werden, zeigt die Erfolgsrechnung den periodisierten Saldo des Wertverzehr (Aufwand) und Wertzuwachses (Ertrag) und damit die Veränderung der vermögensmässigen Situation des Bundeshaushalts.

Untenstehende Tabelle gibt Auskunft über die Abgrenzungen zwischen der Finanzierungs- und der Erfolgsrechnung. Zusätzlich zu den finanzierungswirksamen Aufwänden werden in der Erfolgsrechnung die nichtfinanzierungswirksamen Buchungsvorgänge berücksichtigt. Diese beinhalten grösstenteils Lagerbezüge von Halb- und Fertigfabrikaten, Abschreibungen und Wertberichtigungen sowie Abgrenzungen zur periodengerechten Erfassung der Aufwände und Erträge. Andererseits werden in

der Erfolgsrechnung die Investitionsausgaben und –einnahmen ausgeklammert, da diese in der separaten Investitionsrechnung ausgewiesen werden.

Im Unterschied zu den bisher grossen Differenzen zwischen der Finanzrechnung und der Erfolgsrechnung werden in der Darstellung im Neuen Rechnungsmodell die beiden Rechnungen nur noch in bescheidenem Rahmen voneinander abweichen. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die in den vergangenen Jahren die Erfolgsrechnung stark belastenden Abschreibungstranchen im Zusammenhang mit der Altlastenbereinigung auf die Sanierung der Pensionskassen der Bundesverwaltung, der Post und der SBB entfallen. Die per Ende 2006 noch nicht abgeschrieben Beträge (6,0 Mrd) werden im Rahmen des Restatements der NRM-Eröffnungsbilanz zu Lasten des Bi-

lanzfehlbetrages bereinigt. Infolge des verstetigten Investitionsvolumens des Bundes weichen die Abschreibungen und Wertberichtigungen per se nicht stark von den jährlichen Investitionsausgaben ab. Bei der prospektiven Erfolgsrechnung im Rahmen des Voranschlages kommt dazu, dass zeitliche Abgrenzungen zur periodengerechten Verbuchung der Geschäftsvorfälle nur sehr beschränkt planbar und damit nur teilweise enthalten sind. Diese Abgrenzungen können in der Regel erst im Rahmen des Rechnungsabschlusses berücksichtigt werden.

Die Abgrenzungen zwischen der Finanzierungs- und Erfolgsrechnung von insgesamt -242 Millionen verteilen sich über die Kontengruppen wie folgt:

Ordentliche Einnahmen/ordentlicher Ertrag (-146 Mio)

Die Abgrenzung des *Finanzertrages* (+16 Mio) ergibt sich aus der periodengerechten Berücksichtigung der Zinserträge. Bei den *übrigen Erträgen* (+37 Mio) handelt es sich einerseits um Aktivierungen von Eigenleistungen im Zusammenhang mit laufenden Projekten und andererseits um die Verbuchung von Eigenmietwerten. Die *Investitionseinnahmen* (-218 Mio) werden in der Investitionsrechnung berücksichtigt. Die *Entnahmen aus zweckgebundenen Fondsmitteln im Fremdkapital* (+19 Mio) betreffen den Altlastenfonds.

Ordentliche Ausgaben/ordentlicher Aufwand (+96 Mio)

In der Kontengruppe *Sach- und übriger Betriebsaufwand* (+209 Mio) resultieren die Abgrenzungen grösstenteils aus nichtfinanzierungswirksamen Materialbezügen ab Lager (vorab in den Bereichen Verteidigung und Landestopografie) sowie aus einer Erhöhung der Rückstellung für die geplante Zunahme des Münzumschs bei der Eidg. Münzstätte Swissmint. Die *Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen* (+940 Mio) wurden durch die Verwaltungseinheiten nach den neuen Richtlinien für NRM budgetiert. Die Berechnung der Abschreibungstranchen erfolgt linear über die Nutzungsdauer. Ausbezahlte *Investitionsbeiträge* werden aktiviert, gleichzeitig aber im Transferaufwand wieder zu 100 Prozent wertberichtigt. Die Summe dieser Wertberichtigungen beläuft sich im Jahr 2007 auf 5 045 Millionen. Die Wertberichtigungen im übrigen Transferaufwand (+400 Mio) betreffen *Darlehen und Beteiligungen*, welche im Zeitpunkt der Auszahlung über die Investitionsrechnung gebucht und aktiviert werden. Nach den durch NRM vorgegebenen Bewertungsregeln werden diese Darlehen und Beteiligungen sodann wertberichtigt (neue Darlehen an SBB und übrige KTU: 321 Mio, letzte Tranche an skyguide im Zusammenhang mit dem Neubau Dübendorf: 4 Mio, Investitionskredite an die Landwirtschaft: 73 Mio, Entwicklungsbanken: 2 Mio). Die Abgrenzung beim *Zinsaufwand* (-137 Mio) ist in erster Linie auf die periodengerechte Verbuchung der Zinsen von Anleihen und Zinsswaps zurückzuführen. Der *übrige Finanzaufwand* (+8 Mio) erhöht sich durch die zeitliche Abgrenzung von Kommissionen im Zusammenhang mit den Finanzierungsinstrumenten der Bundestresorerie. Die *Einlagen in zweckgebundene Fondsmittel im Fremdkapital* von insgesamt 70 Millionen betreffen die Spielbankenabgabe (65 Mio) sowie die VOC/HEL-Lenkungsabgabe (5 Mio).

16 Stand der Umsetzung EP 03/EP 04

Das von den eidgenössischen Räten in der Wintersession 2003 verabschiedete Entlastungsprogramm 2003 (EP 03) hat seine volle Entlastungswirkung von rund drei Milliarden bereits im Jahr 2006 erreicht. Diese Entlastung kann grösstenteils im Voranschlagsjahr 2007 weitergezogen werden; einige Massnahmen, wie beispielsweise die Kompensation des Flexa-Beitrags im Bereich der AHV, laufen allerdings aus. Demgegenüber greift das volle Sparvolumen (rund 2 Mrd) des im Sommer 2005 beschlossenen zweiten Entlastungsprogramms (EP 04) erst ab 2008. 2007 enthält das EP 04 Ausgabenreduktionen von 1,7 Milliarden. Insgesamt entlasten die beiden Programme im Voranschlagsjahr die Bundesfinanzen um über vier Milliarden und tragen damit wesentlich zum strukturellen Ausgleich des Haushalts bei.

Die Umsetzung der vom Parlament beschlossenen Sparaufträge werden wie folgt überwacht: Im Rahmen der Budgetierung werden zunächst die Departementsplafonds im Umfang der beschlossenen gezielten Entlastungsmassnahmen gekürzt. Dies garantiert, dass das mit den Entlastungsprogrammen anvisierte Sparvolumen in den einzelnen Departementen insgesamt eingehalten wird. Gestützt auf die Budgeteingaben wird dann anhand der einzelnen Kredite geprüft, ob die Massnahmen auch effektiv umgesetzt wurden. Dieses Vorgehen findet auch Anwendung bei der Prüfung von Nachtragskrediten.

Im Rahmen der Botschaft zu Voranschlag und Rechnung wird periodisch über den Stand der Umsetzung der beiden Entlastungsprogramme orientiert. Die bisherige Berichterstattung hat gezeigt, dass die einnahmen- und ausgabenseitigen Massnahmen der EP 03 und 04 bis und mit Voranschlagsjahr 2006 fast ausnahmslos umgesetzt worden sind. Daran hat sich auch bei der diesjährigen Betrachtung nichts geändert. Mit Ausnahme der nachfolgend aufgelisteten Abweichungen hat die Verwaltung die Massnahmen des EP 03 und EP 04 mit dem vorliegenden Voranschlag vollumfänglich umgesetzt. Die wenigen Abweichungen betreffen folgende Bereiche:

Die *Betriebsbeiträge an Erziehungseinrichtungen* mussten aufgrund der Zunahme an schwierigen Fällen mit Nachträgen in den Jahren 2004 und 2005 um 5,0 beziehungsweise 3,2 Millionen aufgestockt werden. Entsprechend wurden die Mittel bereits im Voranschlag 2006 und nun auch im vorliegenden Voranschlag und Finanzplan um 3 Millionen erhöht. Diese Aufstockungen betreffen einen Kredit, welcher im Rahmen des EP 03 gekürzt wurde (2004: -0,5 Mio; 2005: -6 Mio; 2006: -6,4 Mio). Die mit dem EP 03 beschlossene Verschärfung der Anerkennungskriterien im Straf- und Massnahmenvollzug wurde jedoch umgesetzt; der Aufstockungsbedarf ergab sich aus anderen, die gleiche Subvention betreffenden Einflussfaktoren.

Im Zusammenhang mit dem *Unwetter 2005* werden mit dem Nachtrag I/2006 (18 Mio) sowie durch eine Mittelaufstockung im Voranschlag 2007 (17 Mio) bei den landwirtschaftlichen Strukturverbesserungen zusätzliche Mittel beantragt. Damit

werden die Sparaufträge an die Landwirtschaft aus dem EP 03 von 103 Millionen (2006) wie auch aus dem EP 04 in der Höhe von 95 (2006) respektive 60 Millionen (2007) teilweise verletzt. Die Mittelaufstockungen wurden innerhalb des Bundesamts für Landwirtschaft hälftig kompensiert. Vom Unwetter 2005 war auch der Forstbereich betroffen. Mit den beiden Nachträgen I/2006 (insgesamt 29 Mio) wird der im Rahmen des EP 03 erteilte Sparauftrag an die Forstwirtschaft von 17 Millionen rückgängig gemacht. Das UVEK hat diese Aufstockung teilweise intern kompensiert.

Mit dem am 24. März 2006 von den Räten verabschiedeten neuen *Radio- und Fernsehgesetz* (RTVG, SR 784.40) wurde die im EP 03 beschlossene Aufhebung der Subvention an Swissinfo/SRI wieder rückgängig gemacht. Das neue Gesetz schreibt dem Bund die Abgeltung von mindestens der Hälfte der Ausgaben der SRG für ihr Auslandsangebot vor. Folglich erhält die SRG für Swissinfo im Jahr 2007 einen Beitrag von 14 Millionen.

Gemäss EP 03 wären die Bundessubventionen an die *Sanierung von Niveauübergängen* 2006 ausgelaufen. Infolge ungenügender Baureife verschiedener Projekte erstreckte der Bundesrat 2004 die Frist für die Zusicherung von Beiträgen von Ende 2004 auf Ende 2006. Deshalb mussten – entgegen dem EP 03 – im Voranschlag 2007 noch fünf Millionen zur Abdeckung eingegangener Verpflichtungen eingestellt werden. Die finanzielle Vorgabe des EP 03 wird jedoch nicht verletzt, da in den Vorjahren (2004–2006) entsprechend geringere Bundesbeiträge ausgerichtet wurden.

Etwas schwieriger gestaltet sich die Überprüfung von Kürzungsbeschlüssen im Querschnittsbereich. So lässt sich die Umsetzung konkreter Massnahmen, die sich auf verschiedene Departemente und unterschiedliche Ausgabenrubriken beziehen, beispielsweise die im Rahmen des EP 03 beschlossene Kürzung bei der Öffentlichkeitsarbeit, im Nachhinein kaum einzeln kontrollieren. Eine Überprüfung der Entwicklung der Personal-, Sach- und Investitionsausgaben anhand von Plafonds zeigt aber, dass insgesamt auch die Massnahmen im Querschnittsbereich mit einer Ausnahme eingehalten worden sind: Im *Personalbereich* hatte das Parlament im Rahmen des EP 04 eine Kürzung von 50 Millionen jährlich beschlossen, wobei mindestens ein Teil im normativen Bereich (z.B. Treueprämien) erfolgen sollte. Im Spätsommer 2004 wurde mit den Personalverbänden das Gesamtpaket Lohnmassnahmen und berufliche Vorsorge geschnürt. Aufgrund des verzögerten Primatwechsels gilt es nun, dieses Paket mit den Verbänden zu verlängern. Geplant sind ein voller Teuerungsausgleich und eine einmalige, unversicherte Zulage im Umfang von 1,9 Prozent. Damit würde das Jahr 2007 «teuerungstechnisch» bereinigt. Zur Finanzierung der voraussichtlichen Lohnmassnahmen wurde im Voranschlag eine Aufstockung in Höhe von 25 Millionen vorgenommen. Diese ist mit Blick auf den Pensionskassenvergleich und auf die Gesamtwirtschaft vertretbar; Lohnkürzungen wären in der aktuellen Situation personalpolitisch nicht angezeigt.

Ab 2007 kommt auch die im Rahmen des EP 04 verabschiedete Sparvorgabe an die *Verwaltungsreform* von 30 Millionen (40 Mio ab 2008) zur Anwendung. Im Voranschlagsjahr haben die Departemente diese Vorgabe umgesetzt, indem sie einen Teil der vom Bundesrat beschlossenen Kürzung von 300 Millionen ge-

genüber dem alten Finanzplan 2007 im Eigenbereich erbracht haben. Eine genaue Quantifizierung der Sparwirkung der einzelnen Querschnitts- und Departementsprojekte der Verwaltungsreform ist aufgrund des gegenwärtigen Stands der Arbeiten noch nicht möglich.

A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes

<i>Mio CHF</i>	Finanzierungsrechnung			Erfolgsrechnung			Bilanz
	Ordentliches Finanzierungs- Ergebnis	Ordentliche Einnahmen	Ordentliche Ausgaben	Ordentliches Ergebnis	Ordentlicher Ertrag	Ordentlicher Aufwand	Fehlbetrag
VA 2007	918	55 948	55 030	676	55 802	55 126	–
VA 2006	-586	52 157	52 743	-2 163	1 440	3 603	–
2005	-121	51 282	51 403	-2 524	1 957	4 481	94 208
2004	-1 656	48 629	50 285	-4 064	1 865	5 929	92 910
2003	-2 801	47 161	49 962	-4 104	2 083	6 187	86 568
2002	-3 317	47 405	50 722	-3 993	3 127	7 120	79 663
2001	-1 307	48 909	50 216	-4 530	3 654	8 184	76 055
2000	3 970	51 101	47 131	-3 015	1 951	4 966	70 423
1999	-2 640	43 016	45 656	-1 801	2 266	4 067	71 969
1998	-2 455	44 134	46 589	-820	4 782	5 602	52 917
1997	-5 270	38 852	44 122	-105	4 319	4 424	52 581
1996	-4 363	39 477	43 840	-1 260	3 361	4 621	47 206
1995	-3 263	37 266	40 529	-1 751	1 854	3 605	41 583
1994	-5 102	36 239	41 341	-591	2 807	3 398	36 569
1993	-7 819	32 782	40 601	568	4 443	3 875	30 875
1992	-2 864	34 953	37 817	-1 168	2 089	3 257	24 624
1991	-2 012	33 489	35 501	-1 110	1 976	3 086	20 594
1990	1 058	31 166	30 108	-1 408	1 213	2 621	17 493

A02 Vorgaben der Schuldenbremse

Mio CHF	Rechnung 2002	Rechnung 2003	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006 absolut	%
1 Gesamteinnahmen		47 161	48 629	59 670	52 157	55 948	3 791	7,3
2 Ausserordentliche Einnahmen		–	–	8 388	–	–	–	
3 Ordentliche Einnahmen [3=1-2]		47 161	48 629	51 282	52 157	55 948	3 791	7,3
4 Konjunkturfaktor		1,018	1,009	0,998	0,998	0,991	-0,007	
5 Ausgabenplafonds (Art. 13 FHG) [5=3x4]		48 010	49 066	51 179	52 052	55 444	3 392	
6 Konjunkturrell zulässiges Defizit / geforderter Überschuss [6=3-5]		-849	-438	103	104	504	399	
7 Ausserordentliche Ausgaben (Art. 15 FHG)		–	1 121	–	–	–	–	
8 Abbaupfad (Art. 66 FHG)		1 952	3 000	2 000	1 000	–	-1 000	
9 Reduktion Ausgabenplafonds (Art. 17 FHG)		–	–	–	–	–	–	
10 Höchstzulässige Ausgaben [10=5+7+8-9]		49 962	53 187	53 179	53 052	55 444	2 392	4,5
11 Gesamtausgaben gemäss R / VA		49 962	51 405	51 403	52 743	55 030	2 287	4,3
12 Differenz (Art. 16 FHG) [12=10-11]		–	1 782	1 776	309	414		

Hinweis: Die Schuldenbremse wurde erstmals für den Voranschlag 2003 angewendet.

B11 Einnahmen nach Kontengruppen

Mio CHF	Rechnung 2002	Rechnung 2003	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006 absolut	%
Ordentliche Einnahmen	47 405	47 161	48 629	51 282	52 157	55 948	3 791	7,3
Fiskaleinnahmen	42 911	43 374	44 860	47 520	48 595	51 493	2 898	6,0
Direkte Bundessteuer	11 318	12 400	11 822	12 213	13 765	15 181	1 416	10,3
Verrechnungssteuer	2 628	1 641	2 628	4 000	3 014	3 017	3	0,1
Stempelabgaben	2 819	2 624	2 755	2 703	2 800	3 200	400	14,3
Mehrwertsteuer	16 857	17 156	17 666	18 119	18 485	19 650	1 165	6,3
Übrige Verbrauchssteuern	6 564	6 741	7 074	7 132	7 228	7 049	-179	-2,5
Mineralölsteuer	4 812	4 880	4 929	4 979	5 005	5 005	–	–
Tabaksteuer	1 653	1 756	2 040	2 051	2 119	1 942	-177	-8,4
Biersteuer	100	105	105	102	104	102	-2	-1,9
Verkehrsabgaben	1 450	1 398	1 411	1 848	1 830	1 828	-2	-0,1
Automobilsteuer	314	306	312	310	330	325	-5	-1,5
Nationalstrassenabgabe	295	298	300	306	300	303	3	1,0
Schwerverkehrsabgabe	773	701	694	1 231	1 200	1 200	–	–
Kombinierter Verkehr	69	93	106	1	–	–	–	–
Zölle	1 049	1 047	1 054	974	980	980	–	–
Spielbankenabgabe	65	189	291	357	345	421	76	22,0
Lenkungsabgaben	115	132	156	170	146	166	20	13,7
Übrige Fiskaleinnahmen	46	46	4	4	2	1	-2	-75,0
Regalien und Konzessionen	715	1 053	1 237	1 307	1 245	1 271	26	2,1
Anteil Reingewinn	162	169	223	223	237	223	-14	-5,8
Alkoholverwaltung								
Gewinnablieferung SNB	500	833	933	967	833	833	–	–
Konzessionsabgaben	33	25	22	28	30	2	-28	-92,5
Übrige Regalien und Konzessionen	20	26	59	89	145	213	68	46,7
Finanzeinnahmen	956	838	839	911	1 015	1 266	251	24,7
Zinseinnahmen	490	329	292	335	438	678	240	54,8
Beteiligungseinnahmen	464	508	547	576	577	578	–	0,1
Übrige Finanzeinnahmen	2	1	–	–	–	10	10	10 295,0
Übrige laufende Einnahmen	1 107	1 151	1 269	1 264	1 112	1 700	588	52,9
Entgelte	1 045	1 086	1 205	1 202	1 054	1 164	110	10,5
Wehrpflichtersatz	165	192	214	129	100	102	2	1,8
Gebühren für Amtshandlungen	252	241	254	257	251	266	15	5,8
Rückerstattungen	227	174	239	232	116	86	-31	-26,3
Übrige Entgelte	401	479	497	585	585	710	125	21,3
Verschiedene Einnahmen	62	65	64	62	59	536	478	811,5
Investitionseinnahmen	1 715	745	422	280	189	218	29	15,3

B12 Entwicklung der Einnahmen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Ordentliche Einnahmen		2,7	3,7	2,3	4,4	4,3
Fiskaleinnahmen		2,4	5,0	2,7	4,4	4,7
Direkte Bundessteuer		4,7	6,3	4,2	5,2	5,5
Verrechnungssteuer		-16,0	-5,1	-0,3	16,4	–
Stempelabgaben		-3,1	16,4	-4,3	5,1	1,5
Mehrwertsteuer		5,6	4,9	3,3	3,5	7,1
Übrige Verbrauchssteuern		7,6	3,9	0,4	1,1	-0,4
Mineralölsteuer		7,5	3,1	0,2	0,6	-0,7
Tabaksteuer		8,1	6,4	0,8	2,5	0,1
Biersteuer		8,8	1,1	0,2	-0,8	–
Verkehrsabgaben		6,7	15,7	15,6	6,9	2,4
Automobilsteuer		–	–	-0,8	1,5	3,0
Nationalstrassenabgabe		6,7	2,6	1,2	0,4	0,2
Schwerverkehrsabgabe		6,8	0,3	40,2	14,4	2,7
Kombinierter Verkehr		–	–	–	-100,0	–
Zölle		-0,5	-3,3	–	-1,6	0,5
Spielbankenabgabe		-14,5	-12,3	300,1	22,2	1,3
Lenkungsabgaben		–	–	738,6	5,9	33,8
Übrige Fiskaleinnahmen		-5,5	-16,6	-29,1	-67,7	-100,0
Regalien und Konzessionen		-0,6	11,9	12,0	4,8	-0,9
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung		-5,1	-0,8	3,2	7,1	-0,1
Gewinnablieferung SNB		–	25,7	13,6	–	–
Konzessionsabgaben		–	–	–	-45,0	–
Übrige Regalien und Konzessionen		-26,5	-27,4	6,5	69,4	-5,5
Finanzeinnahmen		23,8	-8,6	-8,9	10,9	2,7
Zinseinnahmen		18,1	-17,1	-16,6	19,8	4,9
Beteiligungseinnahmen		366,0	15,3	-1,2	3,3	–
Übrige Finanzeinnahmen		–	–	-22,4	84,4	3,6
Übrige laufende Einnahmen		-5,5	-16,9	-0,4	10,2	0,2
Entgelte		4,8	-1,7	-0,5	1,8	-0,9
Wehrpflichtersatz		2,8	-1,2	3,3	-14,6	1,8
Gebühren für Amtshandlungen		2,0	4,9	-2,4	2,5	0,2
Rückerstattungen		4,3	-0,3	-8,3	-16,2	-9,9
Übrige Entgelte		7,1	-5,7	2,8	10,4	-0,8
Verschiedene Einnahmen		-11,8	-53,6	2,9	69,3	2,6
Investitionseinnahmen		61,1	16,3	-5,9	-26,5	-11,1

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die aktuelle Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007. Für die Legislaturperiode 2007-2011 sind nur die Zahlen 2008-2010 verfügbar. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.

B13 Struktur der Einnahmen

% Anteil an den ordentlichen Einnahmen	Legislaturperioden					
	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Ordentliche Einnahmen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Fiskaleinnahmen	87,6	86,8	89,1	90,4	92,5	92,2
Direkte Bundessteuer	20,5	23,7	23,5	24,0	24,1	27,7
Verrechnungssteuer	12,3	8,1	7,7	5,8	6,6	5,3
Stempelabgaben	6,1	5,6	6,4	6,7	5,5	5,7
Mehrwertsteuer	30,0	29,0	32,0	34,8	35,8	35,3
Übrige Verbrauchssteuern	12,6	14,7	14,8	13,8	14,2	12,2
Mineralölsteuer	9,5	11,2	10,9	10,1	9,9	8,6
Tabaksteuer	3,0	3,3	3,6	3,5	4,1	3,4
Biersteuer	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2
Verkehrsabgaben	1,0	1,0	1,6	2,7	3,3	3,4
Automobilsteuer	–	–	0,5	0,7	0,6	0,6
Nationalstrassenabgabe	0,6	0,6	0,7	0,6	0,6	0,5
Schwerverkehrsabgabe	0,4	0,4	0,4	1,3	1,9	2,3
Kombinierter Verkehr	–	–	–	0,1	0,1	–
Zölle	3,7	3,4	2,4	2,1	2,0	1,7
Spielbankenabgabe	–	–	–	0,2	0,6	0,8
Lenkungsabgaben	–	–	–	0,2	0,3	0,3
Übrige Fiskaleinnahmen	1,4	1,2	0,7	0,1	–	–
Regalien und Konzessionen	0,9	1,0	1,3	1,7	2,5	2,2
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
Gewinnablieferung SNB	–	0,4	0,8	1,2	1,9	1,5
Konzessionsabgaben	–	–	–	–	–	–
Übrige Regalien und Konzessionen	0,4	0,2	0,1	0,1	0,1	0,3
Finanzeinnahmen	2,3	3,7	3,3	2,3	1,8	2,3
Zinseinnahmen	2,1	3,3	2,5	1,2	0,6	1,3
Beteiligungseinnahmen	0,2	0,3	0,7	1,1	1,1	1,0
Übrige Finanzeinnahmen	–	–	–	–	–	–
Übrige laufende Einnahmen	8,8	7,9	3,2	2,3	2,5	2,9
Entgelte	2,9	3,2	2,4	2,1	2,4	2,0
Wehrpflichtersatz	0,4	0,5	0,4	0,4	0,3	0,2
Gebühren für Amtshandlungen	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5
Rückerstattungen	0,6	0,7	0,7	0,4	0,5	0,1
Übrige Entgelte	1,2	1,4	0,8	0,8	1,1	1,2
Verschiedene Einnahmen	6,0	4,7	0,8	0,1	0,1	1,0
Investitionseinnahmen	0,3	0,7	3,1	3,4	0,7	0,3

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die aktuelle Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007. Für die Legislaturperiode 2007-2011 sind nur die Zahlen 2008-2010 verfügbar. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.

B21 Ausgaben nach Aufgabengebieten

Mio CHF	Rechnung 2002	Rechnung 2003	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006 absolut	%
Total Aufgabengebiete (ordentliche Ausgaben)	50 722	49 962	50 285	51 403	52 743	55 030	2 287	4,3
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 137	2 139	2 294	2 205	2 391	2 357	-34	-1,4
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 137	2 139	2 294	2 205	2 391	2 357	-34	-1,4
Ordnung und öffentliche Sicherheit	785	853	781	756	835	858	23	2,8
Allgemeines Rechtswesen	124	128	100	90	87	79	-8	-9,4
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	287	344	287	281	317	320	3	0,8
Grenzkontrollen	269	275	285	274	296	305	8	2,8
Gerichte	105	106	109	111	134	154	20	15,2
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 292	2 289	2 283	2 276	2 291	2 346	55	2,4
Politische Beziehungen	620	622	592	588	608	646	38	6,3
Hilfe an Entwicklungs- und Transitionsländer	1 599	1 596	1 593	1 596	1 590	1 601	11	0,7
Wirtschaftliche Beziehungen	74	71	98	92	93	99	6	6,2
Landesverteidigung	4 578	4 488	4 418	4 386	4 305	4 407	102	2,4
Militärische Landesverteidigung	4 493	4 404	4 315	4 289	4 206	4 313	106	2,5
Nationale Sicherheitskooperation	85	84	103	98	99	94	-5	-4,7
Bildung und Forschung	4 341	4 409	4 542	4 588	4 759	5 196	436	9,2
Berufsbildung	518	528	481	497	541	532	-9	-1,7
Hochschulen	2 223	2 259	1 507	1 427	1 471	1 611	140	9,5
Grundlagenforschung	788	825	1 637	1 640	1 701	1 945	244	14,3
Angewandte Forschung	747	726	844	948	976	1 043	67	6,9
Übriges Bildungswesen	65	70	74	76	70	65	-5	-7,6
Kultur und Freizeit	703	535	444	437	429	441	12	2,7
Kulturerhaltung	63	85	87	84	84	80	-4	-5,2
Kulturförderung und Medienpolitik	493	310	231	227	227	222	-5	-2,3
Sport	146	140	126	126	118	139	21	17,9
Gesundheit	214	176	192	200	205	206	2	0,9
Gesundheit	214	176	192	200	205	206	2	0,9
Soziale Wohlfahrt	14 687	15 266	15 782	16 140	16 628	17 343	715	4,3
Altersversicherung	6 733	7 004	7 036	7 286	7 548	8 009	460	6,1
Invalidenversicherung	3 771	4 046	4 210	4 378	4 554	4 688	134	2,9
Krankenversicherung	1 896	1 945	2 046	2 121	2 198	2 350	152	6,9
Ergänzungsleistungen	564	601	643	675	709	725	16	2,2
Militärversicherung	265	259	238	241	252	254	2	0,7
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	139	182	364	356	306	309	3	1,0
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	311	241	244	172	164	158	-6	-3,9
Migration	994	965	971	871	839	799	-40	-4,8
Soziale Hilfe und Fürsorge	13	23	31	40	56	52	-5	-8,3
Verkehr	7 816	7 113	7 224	7 585	7 456	7 456	-	-
Strassenverkehr	2 953	2 848	2 851	2 769	2 751	2 748	-3	-0,1
Öffentlicher Verkehr	4 135	4 159	4 277	4 704	4 600	4 606	7	0,1
Luftfahrt	727	106	97	112	105	102	-3	-3,1

B21 Ausgaben nach Aufgabengebieten

(Fortsetzung)

Mio CHF	Rechnung 2002	Rechnung 2003	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006	
							absolut	%
Umweltschutz und Raumordnung	697	564	547	514	555	566	11	1,9
Umweltschutz	434	314	352	322	377	367	-9	-2,4
Gewässer- und Lawinenverbauungen	174	164	94	91	90	105	15	16,4
Naturschutz	77	76	87	88	77	81	4	5,0
Raumordnung	12	10	13	12	12	13	1	8,4
Landwirtschaft und Ernährung	3 872	3 720	3 750	3 608	3 594	3 596	2	0,1
Landwirtschaft und Ernährung	3 872	3 720	3 750	3 608	3 594	3 596	2	0,1
Wirtschaft	660	651	534	465	499	532	33	6,6
Wirtschaftsordnung	99	109	122	125	152	164	12	7,7
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	266	243	174	123	133	146	13	10,1
Energie	110	107	86	80	85	83	-3	-3,0
Forstwirtschaft	185	192	152	137	129	139	10	7,9
Finanzen und Steuern	7 940	7 757	7 493	8 242	8 796	9 726	931	10,6
Anteile an Bundeseinnahmen	3 971	4 172	4 105	4 532	4 866	5 601	735	15,1
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	3 969	3 585	3 388	3 711	3 930	4 125	196	5,0
Finanzausgleich	–	–	–	–	–	–	–	–

B22 Entwicklung der Aufgabengebiete

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden				
	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007
Total Aufgabengebiete (ordentliche Ausgaben)		3,4	3,0	2,3	2,4
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen		3,1	4,6	5,1	2,5
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen		3,1	4,6	5,1	2,5
Ordnung und öffentliche Sicherheit		4,7	0,8	5,8	0,1
Allgemeines Rechtswesen		8,2	-11,9	11,8	-11,4
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug		5,7	4,2	9,8	-1,8
Grenzkontrollen		1,8	1,3	1,4	2,6
Gerichte		6,6	7,7	0,7	9,8
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit		3,5	1,3	2,5	0,6
Politische Beziehungen		4,7	2,2	4,2	1,0
Hilfe an Entwicklungs- und Transitionsländer		2,6	1,2	1,8	0,1
Wirtschaftliche Beziehungen		18,0	-1,9	3,3	8,7
Landesverteidigung		-1,4	-4,1	-1,7	-0,5
Militärische Landesverteidigung		-1,2	-3,7	-1,8	-0,5
Nationale Sicherheitskooperation		-8,2	-18,3	1,6	2,9
Bildung und Forschung		4,3	1,2	2,6	4,2
Berufsbildung		5,3	-3,5	2,6	0,2
Hochschulen		2,3	3,1	2,0	-8,1
Grundlagenforschung		7,3	1,0	6,0	23,9
Angewandte Forschung		3,7	2,9	0,9	9,5
Übriges Bildungswesen		32,5	-20,4	8,6	-2,1
Kultur und Freizeit		0,5	14,3	2,4	-4,7
Kulturerhaltung		0,9	-3,6	2,0	-1,6
Kulturförderung und Medienpolitik		-4,1	31,6	1,7	-8,0
Sport		5,9	4,7	4,5	-0,1
Gesundheit		7,0	0,8	4,5	4,1
Gesundheit		7,0	0,8	4,5	4,1
Soziale Wohlfahrt		6,0	7,1	3,2	3,2
Altersversicherung		5,0	8,9	4,6	3,4
Invalidenversicherung		8,6	6,7	6,3	3,7
Krankenversicherung		8,4	-2,3	4,2	4,8
Ergänzungsleistungen		-0,7	-0,4	5,8	4,8
Militärversicherung		0,8	-1,6	0,5	-0,5
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung		24,2	97,5	-0,7	14,2
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung		4,4	19,9	-10,8	-10,1
Migration		6,3	15,1	-10,0	-4,6
Soziale Hilfe und Fürsorge		-11,7	-3,9	20,2	22,6
Verkehr		3,1	0,3	3,8	1,2
Strassenverkehr		1,0	0,6	–	-0,9
Öffentlicher Verkehr		4,9	2,1	6,6	2,6
Luftfahrt		6,0	-32,7	12,8	-1,1
Umweltschutz und Raumordnung		-4,2	-0,5	4,7	0,1
Umweltschutz		-1,2	2,4	1,5	4,0
Gewässer- und Lawinenverbauungen		-5,5	-8,2	9,9	-10,6
Naturschutz		-13,8	5,0	7,5	1,4
Raumordnung		6,7	2,3	15,1	5,4
Landwirtschaft und Ernährung		3,7	4,7	-2,0	-0,8
Landwirtschaft und Ernährung		3,7	4,7	-2,0	-0,8

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die aktuelle Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007. Für die Legislaturperiode 2007-2011 sind nur die Zahlen 2008-2010 verfügbar. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.

B22 Entwicklung der Aufgabengebiete

(Fortsetzung)

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Wirtschaft		-9,1	0,1	2,6	-4,9	-1,0
Wirtschaftsordnung		8,4	1,2	9,2	10,7	1,5
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung		-19,7	-0,6	–	-12,0	-1,1
Energie		31,3	-0,8	-2,8	-6,3	1,5
Forstwirtschaft		-3,9	1,6	6,8	-7,7	-5,9
Finanzen und Steuern		6,5	4,8	2,3	5,8	5,5
Anteile an Bundeseinnahmen		2,1	5,6	5,5	7,6	-9,5
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung		11,1	4,2	-0,8	3,6	1,7
Finanzausgleich		–	–	–	–	–

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die aktuelle Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007. Für die Legislaturperiode 2007-2011 sind nur die Zahlen 2008-2010 verfügbar. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.

B23 Struktur der Aufgabengebiete

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Total Aufgabengebiete (ordentliche Ausgaben)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,6	3,6	3,5	4,1	4,4	3,9
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,6	3,6	3,5	4,1	4,4	3,9
Ordnung und öffentliche Sicherheit	1,6	1,6	1,4	1,6	1,5	1,5
Allgemeines Rechtswesen	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	0,4	0,5	0,5	0,6	0,6	0,5
Grenzkontrollen	0,7	0,6	0,5	0,6	0,6	0,6
Gerichte	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	4,8	5,0	4,4	4,7	4,4	4,2
Politische Beziehungen	1,1	1,2	1,2	1,2	1,2	1,1
Hilfe an Entwicklungs- und Transitionsländer	3,5	3,6	3,1	3,3	3,0	2,9
Wirtschaftliche Beziehungen	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2
Landesverteidigung	17,7	14,3	11,4	9,4	8,4	7,6
Militärische Landesverteidigung	17,0	13,8	11,2	9,2	8,2	7,4
Nationale Sicherheitskooperation	0,7	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2
Bildung und Forschung	9,1	9,1	8,5	8,5	9,1	9,7
Berufsbildung	1,3	1,3	1,1	1,0	1,0	1,0
Hochschulen	4,8	4,6	4,4	4,4	2,9	3,1
Grundlagenforschung	1,4	1,5	1,5	1,5	3,3	3,7
Angewandte Forschung	1,5	1,6	1,5	1,5	1,8	1,9
Übriges Bildungswesen	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Kultur und Freizeit	0,7	0,7	1,0	1,3	0,8	0,6
Kulturerhaltung	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,1
Kulturförderung und Medienpolitik	0,3	0,2	0,5	0,9	0,4	0,2
Sport	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2
Gesundheit	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4
Gesundheit	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4
Soziale Wohlfahrt	22,3	25,5	29,0	29,6	31,5	32,9
Altersversicherung	9,8	9,8	10,7	13,6	14,3	16,0
Invalidenversicherung	5,0	5,6	6,6	7,4	8,5	9,1
Krankenversicherung	3,4	3,7	3,9	3,8	4,2	3,2
Ergänzungsleistungen	1,2	1,2	1,0	1,1	1,3	1,8
Militärversicherung	0,8	0,7	0,6	0,5	0,5	0,4
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	–	2,0	2,9	0,4	0,6	0,7
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	0,4	0,5	0,7	0,7	0,4	0,2
Migration	1,6	2,0	2,5	2,2	1,7	1,3
Soziale Hilfe und Fürsorge	–	–	–	–	0,1	0,1
Verkehr	14,9	14,8	15,0	14,7	14,2	12,8
Strassenverkehr	7,3	6,9	6,0	5,8	5,3	4,8
Öffentlicher Verkehr	6,9	7,1	8,7	7,9	8,7	7,9
Luftfahrt	0,7	0,8	0,3	1,0	0,2	0,2
Umweltschutz und Raumordnung	1,4	1,2	1,1	1,2	1,0	1,0
Umweltschutz	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Gewässer- und Lawinenverbauungen	0,6	0,4	0,3	0,3	0,2	0,1
Naturschutz	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1
Raumordnung	–	–	–	–	–	–
Landwirtschaft und Ernährung	8,1	8,0	8,5	7,5	6,9	6,1
Landwirtschaft und Ernährung	8,1	8,0	8,5	7,5	6,9	6,1

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die aktuelle Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007. Für die Legislaturperiode 2007-2011 sind nur die Zahlen 2008-2010 verfügbar. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.

B23 Struktur der Aufgabengebiete

(Fortsetzung)

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Wirtschaft	2,2	1,6	1,4	1,4	1,0	0,8
Wirtschaftsordnung	0,1	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	1,4	0,8	0,5	0,5	0,3	0,2
Energie	0,1	0,2	0,3	0,2	0,2	0,1
Forstwirtschaft	0,5	0,4	0,3	0,4	0,3	0,2
Finanzen und Steuern	13,2	14,3	14,7	15,6	16,4	18,5
Anteile an Bundeseinnahmen	7,4	7,1	7,3	8,1	9,1	6,6
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	5,8	7,2	7,4	7,5	7,2	7,2
Finanzausgleich	–	–	–	–	–	4,7

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die aktuelle Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007. Für die Legislaturperiode 2007-2011 sind nur die Zahlen 2008-2010 verfügbar. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.

B24 Zweckfinanzierte Strassenausgaben

Mio CHF	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006 absolut %	
Einnahmen	3 756	3 768	3 770	2	0,1
606 A2111.0141 Aufwandentschädigungen Bezug der Nationalstrassenabgabe	-27	-27	-28	-1	-2,9
606 E1100.0104 Mineralölsteuer auf Treibstoffen	1 479	1 485	1 485	–	–
606 E1100.0105 Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	1 997	2 010	2 010	–	–
606 E1100.0108 Nationalstrassenabgabe	306	300	303	4	1,2
806 E7200.0001 Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	1	1	1	–	–
Ausgaben	3 602	3 558	3 528	-30	-0,8
Nationalstrassen	2 019	2 008	1 966	-41	-2,1
806 A2310.0224 Nationalstrassen, Betrieb	129	130	–	-130	-100,0
806 A2310.0229 Nationalstrassen, baulicher Unterhalt und Erneuerung	580	552	–	-552	-100,0
806 A4300.0128 Nationalstrassen, Bau	1 310	1 326	–	-1 326	-100,0
806 A6210.0136 Nationalstrassen, Betrieb	–	–	131	131	–
806 A8300.0106 Nationalstrassen, Bau	–	–	1 286	1 286	–
806 A8300.0114 Nationalstrassen, Unterhalt	–	–	550	550	–
Hauptstrassen	191	188	189	1	0,5
806 A4300.0129 Hauptstrassen	191	188	–	-188	-100,0
806 A8300.0107 Hauptstrassen	–	–	189	189	–
Übrige werkgebundene Beiträge	726	699	680	-20	-2,8
802 A2310.0214 Abgeltung kombinierter Verkehr	215	220	218	-2	-1,0
802 A2310.0215 Autoverlad	3	3	3	–	–
802 A4200.0115 Darlehen kombinierter Verkehr	10	13	13	–	–
802 A4300.0119 Verkehrstrennung	22	13	9	-4	-31,6
802 A4300.0121 Anschlussgleise	20	22	21	-1	-5,5
802 A4300.0122 Investitionsbeiträge kombinierter Verkehr	2	27	25	-2	-6,9
802 A4300.0129 Fonds für Eisenbahngrossprojekte	451	396	386	-10	-2,6
806 A4300.0130 Niveauübergänge	2	5	–	-5	-100,0
806 A8300.0108 Niveauübergänge	–	–	5	5	–
Nicht werkgebundene Beiträge	504	509	510	1	0,2
806 A2310.0225 Allgemeine Strassenbeiträge	423	425	–	-425	-100,0
806 A2310.0226 Allgemeine Strassenbeiträge (ausserordentlicher Anteil)	55	57	–	-57	-100,0
806 A2310.0227 Internationale Alpenstrassen	27	27	–	-27	-100,0
806 A6210.0137 Allgemeine Strassenbeiträge	–	–	425	425	–
806 A6210.0138 Allgemeine Strassenbeiträge (ausserordentlicher Anteil)	–	–	58	58	–
806 A6210.0139 Internat. Alpenstrassen und Kantone ohne Nationalstrassen	–	–	27	27	–
Forschung und Verwaltung	37	37	59	22	56,9
806 A2100.0001 Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge	24	23	–	-23	-100,0
806 A2109.0001 Übriger Personalaufwand	–	1	–	-1	-100,0
806 A2115.0001 Beratungsaufwand	12	12	–	-12	-100,0
806 A2119.0001 Übriger Betriebsaufwand	1	1	–	-1	-100,0
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	–	–	58	58	–
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	–	–	1	1	–
Umweltschutz	85	78	82	4	4,8
806 A2310.0409 Förderung Langsamverkehr	1	1	–	-1	-100,0
806 A4300.0131 Lärmschutz	10	9	–	-9	-100,0
806 A4300.0134 Luftreinhalte-massnahmen	3	2	–	-2	-100,0
806 A6210.0142 Langsamverkehr, Fuss- und Wanderwege	–	–	2	2	–
806 A8300.0109 Lärmschutz	–	–	9	9	–
810 A2310.0134 Wald	41	38	37	-1	-2,3
810 A4300.0103 Schutz Naturgefahren	24	22	26	4	15,9
810 A4300.0136 Waldwirtschaft	6	6	8	2	25,2

B24 Zweckfinanzierte Strassenausgaben

Fortsetzung

<i>Mio CHF</i>	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006	
				absolut	%
Heimat- und Landschaftsschutz	17	17	14	-3	-16,6
306 A4300.0138 Heimatschutz und Denkmalpflege	11	11	10	1	-4,2
806 A4300.0132 Ortsbilderschutz	3	2	–	-2	-100,0
806 A4300.0135 Historische Verkehrswege	2	2	–	-2	-100,0
806 A8300.0110 Historische Verkehrswege	–	–	2	2	–
810 A4300.0105 Natur und Landschaft	2	2	2	–	–
Schutz übriger Strassen vor Naturgewalten	22	22	29	6	27,3
804 A4300.0124 Hochwasserschutz	20	20	–	-20	-100,0
806 A4300.0133 Lawinengalerien	3	3	–	-3	-100,0
810 A4300.0135 Hochwasserschutz	–	–	29	29	–
Saldo	154	210	242	32	15,2
Stand der Spezialfinanzierung Ende Jahr	3 855	4 065	4 307	242	6,0

B31 Investitionen nach Wirtschaftssektoren und Kontengruppen

Mio CHF	Rechnung 2002	Rechnung 2003	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006 absolut %	
Ordentliche Nettoinvestitionen			-5 253	-5 574	-5 351	-6 228	-877	-16,4
Ordentliche Investitionseinnahmen			422	280	189	218	29	15,3
Veräusserung von Sach- und immateriellen Anlagen			60	40	29	31	2	6,9
Rückzahlung von Darlehen			361	239	160	187	27	17,0
Rückzahlung von Investitionsbeiträgen			1	–	–	–	–	-100,0
Ordentliche Investitionsausgaben			5 675	5 854	5 540	6 445	905	16,3
Sachanlagen, Vorräte und immaterielle Anlagen			567	537	600	948	348	58,0
Darlehen			314	371	295	439	144	48,8
Unternehmungen ausserhalb Finanzsektor			124	252	176	335	159	90,8
Öffentliche Haushalte			87	73	83	78	-5	-6,1
Private Haushalte			2	1	2	2	-1	-22,5
Private Organisationen ohne Erwerbszweck			102	45	34	21	-13	-38,3
Ausland und internationale Organisationen			–	–	–	3	3	–
Beteiligungen			59	53	39	51	12	30,2
Private Organisationen ohne Erwerbszweck			10	6	3	20	17	560,0
Ausland und internationale Organisationen			49	47	36	31	-5	-13,7
Investitionsbeiträge			4 735	4 893	4 606	5 007	401	8,7
Unternehmungen ausserhalb Finanzsektor			2 053	2 748	2 449	2 430	-20	-0,8
Öffentliche Haushalte			2 566	2 115	2 129	2 536	407	19,1
Private Haushalte			28	11	11	26	15	142,9
Private Organisationen ohne Erwerbszweck			88	19	17	15	-1	-8,1

Hinweis: Die Zahlen vor 2004 wurden nicht in die neue Struktur gemäss NRM umgeschlüsselt und sind deshalb nicht verfügbar.

B32 Entwicklung der Investitionen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Rechnung 2002	Rechnung 2003	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007
Ordentliche Investitionseinnahmen				-33,7	-32,5	15,3
Veräusserung von Sach- und immateriellen Anlagen				-33,4	-27,7	6,9
Rückzahlung von Darlehen				-33,7	-33,3	17,0
Rückzahlung von Investitionsbeiträgen				-46,4	-19,4	-100,0
Ordentliche Investitionsausgaben				3,1	-5,4	16,3
Sachanlagen, Vorräte und immaterielle Anlagen				-5,4	11,8	58,0
Darlehen				18,0	-20,4	48,8
Unternehmungen ausserhalb Finanzsektor				103,4	-30,2	90,8
Öffentliche Haushalte				-15,8	13,9	-6,1
Private Haushalte				-14,6	68,6	-22,5
Private Organisationen ohne Erwerbszweck				-56,1	-24,0	-38,3
Ausland und internationale Organisationen				–	–	–
Beteiligungen				-9,3	-26,0	30,2
Private Organisationen ohne Erwerbszweck				-39,5	-50,0	560,0
Ausland und internationale Organisationen				-3,2	-23,0	-13,7
Investitionsbeiträge				3,3	-5,9	8,7
Unternehmungen ausserhalb Finanzsektor				33,9	-10,9	-0,8
Öffentliche Haushalte				-17,6	0,6	19,1
Private Haushalte				-62,3	–	142,9
Private Organisationen ohne Erwerbszweck				-78,1	-13,1	-8,1

Hinweis: Die Zahlen vor 2004 wurden nicht in die neue Struktur gemäss NRM umgeschlüsselt und sind deshalb nicht verfügbar.

B33 Struktur der Investitionen

% Anteil an den Investitionseinnahmen / -ausgaben	Rechnung 2002	Rechnung 2003	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007
Ordentliche Investitionseinnahmen			100,0	100,0	100,0	100,0
Veräusserung von Sach- und immateriellen Anlagen			14,3	14,3	15,4	14,2
Rückzahlung von Darlehen			85,6	85,5	84,5	85,8
Rückzahlung von Investitionsbeiträgen			0,2	0,1	0,2	–
Ordentliche Investitionsausgaben			100,0	100,0	100,0	100,0
Sachanlagen, Vorräte und immaterielle Anlagen			10,0	9,2	10,8	14,7
Darlehen			5,5	6,3	5,3	6,8
Unternehmungen ausserhalb Finanzsektor			2,2	4,3	3,2	5,2
Öffentliche Haushalte			1,5	1,3	1,5	1,2
Private Haushalte			–	–	–	–
Private Organisationen ohne Erwerbszweck			1,8	0,8	0,6	0,3
Ausland und internationale Organisationen			–	–	–	0,1
Beteiligungen			1,0	0,9	0,7	0,8
Private Organisationen ohne Erwerbszweck			0,2	0,1	0,1	0,3
Ausland und internationale Organisationen			0,9	0,8	0,7	0,5
Investitionsbeiträge			83,4	83,6	83,1	77,7
Unternehmungen ausserhalb Finanzsektor			36,2	46,9	44,2	37,7
Öffentliche Haushalte			45,2	36,1	38,4	39,3
Private Haushalte			0,5	0,2	0,2	0,4
Private Organisationen ohne Erwerbszweck			1,6	0,3	0,3	0,2

Hinweis: Die Zahlen vor 2004 wurden nicht in die neue Struktur gemäss NRM umgeschlüsselt und sind deshalb nicht verfügbar.

B34 Investitionen nach Departementen 2007

Mio CHF	Total Voranschlag 2007	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	EVD	UVEK
Ordentliche Investitionseinnahmen	218	–	12	–	4	25	7	123	47
Veräusserung von Sach- und immateriellen Anlagen	31	–	–	–	–	25	6	–	–
Rückzahlung von Darlehen	187	–	12	–	4	–	1	123	47
Ordentliche Investitionsausgaben	6 445	1	30	99	38	374	526	273	5 105
Sachanlagen, Vorräte und immaterielle Anlagen	948	1	5	8	20	361	526	4	22
Darlehen	439	–	23	–	–	–	–	75	341
Unternehmungen ausserhalb Finanzsektor	335	–	–	–	–	–	–	–	335
Öffentliche Haushalte	78	–	–	–	–	–	–	72	6
Private Haushalte	2	–	2	–	–	–	–	–	–
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	21	–	21	–	–	–	–	–	–
Ausland und internationale Organisationen	3	–	–	–	–	–	–	3	–
Beteiligungen	51	–	2	–	–	–	–	49	–
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	20	–	–	–	–	–	–	20	–
Ausland und internationale Organisationen	31	–	2	–	–	–	–	29	–
Investitionsbeiträge	5 007	–	–	91	18	13	–	144	4 742
Unternehmungen ausserhalb Finanzsektor	2 430	–	–	–	–	13	–	–	2 417
Öffentliche Haushalte	2 536	–	–	65	18	–	–	144	2 309
Private Haushalte	26	–	–	26	–	–	–	–	–
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	15	–	–	–	–	–	–	–	15

B34 Investitionen nach Departementen 2006

Mio CHF	Total Voranschlag 2006	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	EVD	UVEK
Ordentliche Investitionseinnahmen	189	–	13	–	–	25	5	106	40
Veräusserung von Sach- und immateriellen Anlagen	29	–	–	–	–	25	4	–	–
Rückzahlung von Darlehen	160	–	13	–	–	–	1	106	40
Rückzahlung von Investitionsbeiträgen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Ordentliche Investitionsausgaben	5 540	25	53	106	41	100	365	238	4 613
Sachanlagen, Vorräte und immaterielle Anlagen	600	25	14	25	24	97	365	23	27
Darlehen	295	–	36	–	–	–	–	80	179
Unternehmungen ausserhalb Finanzsektor	176	–	–	–	–	–	–	–	176
Öffentliche Haushalte	83	–	–	–	–	–	–	80	4
Private Haushalte	2	–	2	–	–	–	–	–	–
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	34	–	34	–	–	–	–	–	–
Ausland und internationale Organisationen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Beteiligungen	39	–	2	–	–	–	–	37	–
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	3	–	–	–	–	–	–	3	–
Ausland und internationale Organisationen	36	–	2	–	–	–	–	34	–
Investitionsbeiträge	4 606	–	–	81	17	3	–	98	4 407
Unternehmungen ausserhalb Finanzsektor	2 449	–	–	–	–	–	–	–	2 449
Öffentliche Haushalte	2 129	–	–	70	17	3	–	98	1 941
Private Haushalte	11	–	–	11	–	–	–	–	–
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	17	–	–	–	–	–	–	–	17

B41 Transferausgaben nach Aufgabengebieten und Wirtschaftssektoren 2007

Aufgabengebiete	Total Voranschlag 2007	Wirtschaftssektoren						
		Unter- nehmungen ausserhalb Finanz- sektor	Unter- nehmungen im Finanz- sektor	Öffentliche Haushalte	Öffentliche Sozial- versiche- rungen	Private Haushalte	Private Organisa- tionen ohne Erwerbs- zweck	Ausland und internatio- nale Orga- nisationen
<i>Mio CHF</i>								
Total Aufgabengebiete (ordentliche Ausgaben)	41 158	7 606	415	15 886	13 648	147	1 125	2 331
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	32	–	–	–	–	–	8	24
Ordnung und öffentliche Sicherheit	154	–	–	80	–	–	71	2
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	1 770	35	–	20	–	2	28	1 685
Landesverteidigung	197	–	–	56	–	–	51	89
Bildung und Forschung	4 815	2 288	–	1 490	–	–	564	473
Kultur und Freizeit	309	93	–	70	–	33	104	9
Gesundheit	88	16	–	4	–	–	52	16
Soziale Wohlfahrt	16 992	–	268	2 982	13 574	112	51	6
Verkehr	7 276	4 547	–	2 704	–	–	2	23
Umweltschutz und Raumordnung	432	–	147	270	–	–	11	4
Landwirtschaft und Ernährung	3 490	627	–	2 745	74	–	44	–
Wirtschaft	300	–	–	160	–	–	139	1
Finanzen und Steuern	5 305	–	–	5 305	–	–	–	–

B41 Transferausgaben nach Aufgabengebieten und Wirtschaftssektoren 2006

Aufgabengebiete	Total Voranschlag 2006	Wirtschaftssektoren						
		Unter- nehmungen ausserhalb Finanz- sektor	Unter- nehmungen im Finanz- sektor	Öffentliche Haushalte	Öffentliche Sozial- versiche- rungen	Private Haushalte	Private Organisa- tionen ohne Erwerbs- zweck	Ausland und internatio- nale Orga- nisationen
<i>Mio CHF</i>								
Total Aufgabengebiete (ordentliche Ausgaben)	39 647	7 360	393	15 296	13 036	154	1 099	2 308
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	32	–	–	–	–	–	7	25
Ordnung und öffentliche Sicherheit	160	4	–	83	–	–	70	4
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	1 732	15	–	21	–	3	38	1 655
Landesverteidigung	161	–	–	48	–	–	54	59
Bildung und Forschung	4 534	1 997	–	1 484	–	–	544	509
Kultur und Freizeit	305	80	–	72	–	34	109	10
Gesundheit	80	18	–	3	–	–	45	14
Soziale Wohlfahrt	16 273	–	266	2 870	12 960	118	54	6
Verkehr	7 315	4 529	–	2 763	–	–	2	21
Umweltschutz und Raumordnung	427	–	128	288	–	–	8	4
Landwirtschaft und Ernährung	3 484	717	–	2 647	76	–	43	–
Wirtschaft	276	–	–	151	–	–	124	1
Finanzen und Steuern	4 866	–	–	4 866	–	–	–	–

B42 Transferausgaben nach Wirtschaftssectoren und Kontengruppen 2007

Wirtschaftssektoren	Total Voranschlag 2007	Laufende Transferausgaben				Investive Transferausgaben		
		Anteile Dritter an Bundes- ein- nahmen	Ent- schädi- gungen an Gemein- wesen	Beiträge an eigene Institu- tionen	Beiträge an Dritte	Darlehen	Beteili- gungen	Investi- tions- beiträge
Mio CHF								
Total	41 158	7 917	3 722	13 615	10 407	439	51	5 007
Unternehmungen ausserhalb Finanzsektor	7 606	–	–	2 707	2 134	335	–	2 430
Bundeseigene Unternehmungen	3 688	–	–	2 688	17	123	–	861
Übrige öffentliche Unternehmungen	2 983	–	–	20	1 254	199	–	1 510
Private Unternehmungen	935	–	–	–	863	13	–	59
Unternehmungen im Finanzsektor	415	147	–	–	268	–	–	–
Übrige öffentliche Finanzintermediäre	228	–	–	–	228	–	–	–
Private Finanzintermediäre	187	147	–	–	40	–	–	–
Öffentliche Haushalte	15 886	5 305	3 722	–	4 245	78	–	2 536
Bund (nicht konsolidierte Einheiten)	8	–	–	–	8	–	–	–
Kantone	15 875	5 305	3 720	–	4 236	78	–	2 536
Gemeinden	3	–	2	–	1	–	–	–
Öffentliche Sozialversicherungen	13 648	2 465	–	10 908	275	–	–	–
Alters- und Hinterlassenenversicherung	8 326	2 465	–	5 861	–	–	–	–
Invalidenversicherung	4 974	–	–	4 974	–	–	–	–
Arbeitslosenversicherung	274	–	–	–	274	–	–	–
Übrige öffentliche Sozialversicherungen	74	–	–	73	1	–	–	–
Private Haushalte	147	–	–	–	119	2	–	26
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	1 125	–	–	–	1 069	21	20	15
Ausland und internationale Organisationen	2 331	–	–	–	2 296	3	31	–
Unternehmungen ausserhalb Finanzsektor im Ausland	–	–	–	–	–	–	–	–
Private Organisationen ohne Erwerbszweck im Ausland	19	–	–	–	19	–	–	–
Mitgliedstaaten und Institutionen der EU	322	–	–	–	322	–	–	–
Internationale Organisationen	1 177	–	–	–	1 172	–	6	–
Übrige Länder	812	–	–	–	783	3	26	–

B42 Transferausgaben nach Wirtschaftssektoren und Kontengruppen 2006

Wirtschaftssektoren	Total Voranschlag 2006	Laufende Transferausgaben				Investive Transferausgaben		
		Anteile Dritter an Bundes- ein- nahmen	Ent- schädi- gungen an Gemein- wesen	Beiträge an eigene Institu- tionen	Beiträge an Dritte	Darlehen	Beteili- gungen	Investi- tions- beiträge
<i>Mio CHF</i>								
Total	39 647	7 720	3 648	12 800	10 539	295	39	4 606
Unternehmungen ausserhalb Finanzsektor	7 360	–	–	2 336	2 399	176	–	2 449
Bundeseigene Unternehmungen	3 399	–	–	2 316	18	128	–	938
Übrige öffentliche Unternehmungen	2 944	–	–	20	1 426	35	–	1 463
Private Unternehmungen	1 017	–	–	–	955	13	–	49
Unternehmungen im Finanzsektor	393	128	–	–	266	–	–	–
Übrige öffentliche Finanzintermediäre	226	–	–	–	226	–	–	–
Private Finanzintermediäre	167	128	–	–	40	–	–	–
Öffentliche Haushalte	15 296	5 291	3 648	–	4 145	83	–	2 129
Bund (nicht konsolidierte Einheiten)	10	–	–	–	10	–	–	–
Kantone	15 285	5 291	3 648	–	4 134	83	–	2 129
Gemeinden	1	–	–	–	1	–	–	–
Öffentliche Sozialversicherungen	13 036	2 301	–	10 464	271	–	–	–
Alters- und Hinterlassenenversicherung	7 853	2 301	–	5 552	–	–	–	–
Invalidenversicherung	4 836	–	–	4 836	–	–	–	–
Arbeitslosenversicherung	271	–	–	–	271	–	–	–
Übrige öffentliche Sozialversicherungen	76	–	–	76	–	–	–	–
Private Haushalte	154	–	–	–	141	2	–	11
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	1 099	–	–	–	1 045	34	3	17
Ausland und internationale Organisationen	2 308	–	–	–	2 271	–	36	–
Unternehmungen ausserhalb Finanzsektor im Ausland	–	–	–	–	–	–	–	–
Private Organisationen ohne Erwerbszweck im Ausland	20	–	–	–	20	–	–	–
Mitgliedstaaten und Institutionen der EU	289	–	–	–	289	–	–	–
Internationale Organisationen	1 141	–	–	–	1 134	–	7	–
Übrige Länder	857	–	–	–	828	–	30	–

C01 Erfolgsrechnung

Mio CHF	Rechnung 2002	Rechnung 2003	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006	
							absolut	%
Jahresergebnis						676		
Ordentliches Ergebnis (inkl. Finanzergebnis)						676		
Operatives Ergebnis (exkl. Finanzergebnis)						3 391		
Ertrag	44 734	45 578	47 367	50 091	50 953	54 520	3 567	7,0
Fiskalertrag	42 911	43 374	44 860	47 520	48 595	51 493	2 898	6,0
Direkte Bundessteuer	11 318	12 400	11 822	12 213	13 765	15 181	1 416	10,3
Verrechnungssteuer	2 628	1 641	2 628	4 000	3 014	3 017	3	0,1
Stempelabgaben	2 819	2 624	2 755	2 703	2 800	3 200	400	14,3
Mehrwertsteuer	16 857	17 156	17 666	18 119	18 485	19 650	1 165	6,3
Übrige Verbrauchssteuern	6 564	6 741	7 074	7 132	7 228	7 049	-179	-2,5
Verschiedener Fiskalertrag	2 725	2 811	2 915	3 353	3 303	3 396	93	2,8
Regalien und Konzessionen	715	1 053	1 237	1 307	1 245	1 271	26	2,1
Übriger Ertrag	1 107	1 151	1 269	1 264	1 112	1 737	625	56,2
Entnahmen aus zweckgebundenen Fondsmitteln im FK	–	–	–	–	–	19	n.a.	n.a.
Aufwand	39 941	40 561	41 222	41 839	43 274	51 129	n.a.	n.a.
Eigenaufwand	8 656	8 643	8 535	8 340	8 567	9 941	n.a.	n.a.
Personalaufwand	4 374	4 469	4 468	4 375	4 506	4 542	36	0,8
Sach- und übriger Betriebsaufwand	2 912	2 928	2 721	2 697	2 883	3 275	n.a.	n.a.
Rüstungsaufwand	1 370	1 245	1 346	1 269	1 178	1 184	6	0,5
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	–	–	–	–	–	940	n.a.	n.a.
Transferaufwand	31 285	31 919	32 686	33 498	34 707	41 118	6 412	18,5
Anteile Dritter an Bundeserträgen	6 352	6 456	6 536	7 226	7 720	7 917	197	2,6
Entschädigungen an Gemeinwesen	873	861	2 832	3 641	3 648	3 722	74	2,0
Beiträge an eigene Institutionen	11 388	11 835	12 123	12 211	12 800	13 621	821	6,4
Beiträge an Dritte	12 672	12 767	11 195	10 420	10 539	10 414	-125	-1,2
Wertberichtigung	–	–	–	–	–	5 045	n.a.	n.a.
Investitionsbeiträge	–	–	–	–	–	–	–	–
Wertberichtigung übriger Transferaufwand	–	–	–	–	–	400	n.a.	n.a.
Einlagen in zweckgebundene Fondsmittel im FK	–	–	–	–	–	70	n.a.	n.a.
Finanzergebnis (Aufwandüberschuss)						2 714		
Finanzertrag	956	838	839	911	1 015	1 282	267	26,3
Beteiligungsertrag	464	508	547	576	577	578	–	0,1
Übriger Finanzertrag	491	330	292	335	438	705	267	60,8
Finanzaufwand	3 969	3 586	3 388	3 711	3 930	3 997	67	1,7
Zinsaufwand	3 764	3 293	3 167	3 577	3 731	3 837	106	2,8
Übriger Finanzaufwand	206	293	221	134	198	159	-39	-19,7
Ausserordentlicher Ertrag	–	–	–	7 038	–	–	–	–
Ausserordentlicher Aufwand	–	–	1 071	7 038	–	–	–	–

n.a.: nicht anwendbar. Aufgrund des Strukturbruchs durch NRM sind die Zahlen nicht vergleichbar.

C02 Entwicklung von Ertrag und Aufwand

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Rechnung 2002	Rechnung 2003	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007	2002-2007
Ordentlicher Ertrag	-0,9	1,6	3,9	5,8	1,9	7,4	4,1
Fiskalertrag	-0,2	1,1	3,4	5,9	2,3	6,0	3,7
Direkte Bundessteuer	-7,4	9,6	-4,7	3,3	12,7	10,3	6,0
Verrechnungssteuer	193,3	-37,5	60,1	52,2	-24,6	0,1	2,8
Stempelabgaben	-18,4	-6,9	5,0	-1,9	3,6	14,3	2,6
Mehrwertsteuer	-1,0	1,8	3,0	2,6	2,0	6,3	3,1
Übrige Verbrauchssteuern	-3,4	2,7	4,9	0,8	1,3	-2,5	1,4
Verschiedener Fiskalertrag	5,0	3,1	3,7	15,0	-1,5	2,8	4,5
Regalien und Konzessionen	-5,7	47,2	17,5	5,6	-4,7	2,1	12,2
Übriger Ertrag	2,8	4,0	10,3	-0,4	-12,0	56,2	9,4
Finanzertrag	-25,3	-12,3	0,2	8,6	11,4	26,3	6,1
Beteiligungsertrag	-12,4	9,4	7,8	5,2	0,3	0,1	4,5
Übriger Finanzertrag	-34,4	-32,8	-11,6	14,9	30,6	60,8	7,5
Entnahmen aus zweckgebundenen Fondsmitteln im FK	-	-	-	-	-	-	n.a.
Ordentlicher Aufwand	2,8	0,5	1,0	2,1	3,6	16,8	n.a.
Eigenaufwand	-1,7	-0,2	-1,2	-2,3	2,7	16,0	n.a.
Personalaufwand	-3,7	2,2	-	-2,1	3,0	0,8	0,8
Sach- und übriger Betriebsaufwand	-1,0	0,6	-7,1	-0,9	6,9	13,6	2,4
Rüstungsaufwand	3,4	-9,1	8,1	-5,8	-7,1	0,5	-2,9
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	-	-	-	-	-	-	n.a.
Transferaufwand	3,2	2,0	2,4	2,5	3,6	18,5	n.a.
Anteile Dritter an Bundeserträgen	0,3	1,6	1,2	10,5	6,8	2,6	4,5
Entschädigungen an Gemeinwesen	6,6	-1,4	229,0	28,6	0,2	2,0	33,6
Beiträge an eigene Institutionen	3,7	3,9	2,4	0,7	4,8	6,4	3,6
Beiträge an Dritte	3,9	0,8	-12,3	-6,9	1,1	-1,2	-3,8
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	-	-	-	-	-	-	n.a.
Wertberichtigung übriger Transferaufwand	-	-	-	-	-	-	n.a.
Finanzaufwand	10,5	-9,7	-5,5	9,5	5,9	1,7	0,1
Zinsaufwand	10,9	-12,5	-3,8	12,9	4,3	2,8	0,4
Übriger Finanzaufwand	4,2	42,5	-24,6	-39,4	48,2	-19,7	-5,0
Einlagen in zweckgebundene Fondsmittel im FK	-	-	-	-	-	-	n.a.

n.a.: nicht anwendbar. Aufgrund des Strukturbruchs durch NRM sind die Zahlen nicht vergleichbar.

C03 Struktur von Ertrag und Aufwand

% Anteil am ordentlichen Ertrag / Aufwand	Rechnung 2002	Rechnung 2003	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Voranschlag 2006	Voranschlag 2007
Ordentlicher Ertrag	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Fiskalertrag	93,9	93,4	93,1	93,2	93,5	92,3
Direkte Bundessteuer	24,8	26,7	24,5	23,9	26,5	27,2
Verrechnungssteuer	5,8	3,5	5,5	7,8	5,8	5,4
Stempelabgaben	6,2	5,7	5,7	5,3	5,4	5,7
Mehrwertsteuer	36,9	37,0	36,6	35,5	35,6	35,2
Übrige Verbrauchssteuern	14,4	14,5	14,7	14,0	13,9	12,6
Verschiedener Fiskalertrag	6,0	6,1	6,0	6,6	6,4	6,1
Regalien und Konzessionen	1,6	2,3	2,6	2,6	2,4	2,3
Übriger Ertrag	2,4	2,5	2,6	2,5	2,1	3,1
Finanzertrag	2,1	1,8	1,7	1,8	2,0	2,3
Beteiligungsertrag	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1	1,0
Übriger Finanzertrag	1,1	0,7	0,6	0,7	0,8	1,3
Entnahmen aus zweckgebundenen Fondsmitteln im FK	–	–	–	–	–	–
Ordentlicher Aufwand	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Eigenaufwand	19,7	19,6	19,1	18,3	18,1	18,0
Personalaufwand	10,0	10,1	10,0	9,6	9,5	8,2
Sach- und übriger Betriebsaufwand	6,6	6,6	6,1	5,9	6,1	5,9
Rüstungsaufwand	3,1	2,8	3,0	2,8	2,5	2,1
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	–	–	–	–	–	1,7
Transferaufwand	71,2	72,3	73,3	73,5	73,5	74,6
Anteile Dritter an Bundeserträgen	14,5	14,6	14,7	15,9	16,4	14,4
Entschädigungen an Gemeinwesen	2,0	1,9	6,3	8,0	7,7	6,8
Beiträge an eigene Institutionen	25,9	26,8	27,2	26,8	27,1	24,7
Beiträge an Dritte	28,9	28,9	25,1	22,9	22,3	18,9
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	–	–	–	–	–	9,2
Wertberichtigung übriger Transferaufwand	–	–	–	–	–	0,7
Finanzaufwand	9,0	8,1	7,6	8,1	8,3	7,2
Zinsaufwand	8,6	7,5	7,1	7,9	7,9	7,0
Übriger Finanzaufwand	0,5	0,7	0,5	0,3	0,4	0,3
Einlagen in zweckgebundene Fondsmittel im FK	–	–	–	–	–	0,1

Hinweis: Aufgrund des Strukturbruchs durch NRM sind die Zahlen nur beschränkt vergleichbar.

C04 Ertrag und Aufwand nach Departementen 2007

	Total Voranschlag 2007	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	EVD	UVEK
<i>Mio CHF</i>									
Ordentlicher Ertrag	55 802	17	35	489	67	152	54 655	221	167
Fiskalertrag	51 493	–	–	421	–	–	51 045	1	26
Direkte Bundessteuer	15 181	–	–	–	–	–	15 181	–	–
Verrechnungssteuer	3 017	–	–	–	–	–	3 017	–	–
Stempelabgaben	3 200	–	–	–	–	–	3 200	–	–
Mehrwertsteuer	19 650	–	–	–	–	–	19 650	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 049	–	–	–	–	–	7 049	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	3 396	–	–	421	–	–	2 948	1	26
Regalien und Konzessionen	1 271	–	–	–	–	–	1 078	155	38
Übriger Ertrag	1 737	17	35	67	66	152	1 251	46	103
Finanzertrag	1 282	–	–	1	–	–	1 262	19	–
Beteiligungsertrag	578	–	–	–	–	–	577	–	–
Übriger Finanzertrag	705	–	–	1	–	–	685	19	–
Entnahmen aus zweckgebundenen Fondsmitteln im FK	19	–	–	–	–	–	19	–	–
Ordentlicher Aufwand	55 126	277	2 037	18 333	1 242	4 947	14 197	5 552	8 541
Eigenaufwand	9 941	277	531	453	435	4 733	2 631	410	471
Personalaufwand	4 542	218	428	269	319	1 505	1 268	276	259
Sach- und übriger Betriebsaufwand	3 275	59	101	181	101	1 463	1 046	126	198
Rüstungsaufwand	1 184	–	–	–	–	1 184	–	–	–
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	940	–	2	3	16	581	318	7	13
Transferaufwand	41 118	–	1 505	17 880	807	214	7 499	5 142	8 071
Anteile Dritter an Bundeserträgen	7 917	–	–	357	–	–	7 413	–	147
Entschädigungen an Gemeinwesen	3 722	–	–	2 327	662	69	–	–	664
Beiträge an eigene Institutionen	13 621	–	–	13 044	–	–	–	32	545
Beiträge an Dritte	10 414	–	1 503	2 061	127	132	86	4 892	1 612
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	5 045	–	–	92	18	13	–	145	4 777
Wertberichtigung übriger Transferaufwand	400	–	2	–	–	–	–	73	325
Finanzaufwand	3 997	–	–	–	–	–	3 997	–	–
Zinsaufwand	3 837	–	–	–	–	–	3 837	–	–
Übriger Finanzaufwand	159	–	–	–	–	–	159	–	–
Einlagen in zweckgebundene Fondsmittel im FK	70	–	–	–	–	–	70	–	–

C04 Ertrag und Aufwand nach Departementen 2006

Mio CHF	Total Voranschlag 2006	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	EVD	UVEK
Ordentlicher Ertrag	51 968	13	33	414	87	70	50 974	192	185
Fiskalertrag	48 595	–	–	345	–	–	48 222	2	26
Direkte Bundessteuer	13 765	–	–	–	–	–	13 765	–	–
Verrechnungssteuer	3 014	–	–	–	–	–	3 014	–	–
Stempelabgaben	2 800	–	–	–	–	–	2 800	–	–
Mehrwertsteuer	18 485	–	–	–	–	–	18 485	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 228	–	–	–	–	–	7 228	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	3 303	–	–	345	–	–	2 930	2	26
Regalien und Konzessionen	1 245	–	–	–	–	–	1 082	133	30
Übriger Ertrag	1 112	13	33	67	87	70	681	32	130
Finanzertrag	1 015	–	–	1	–	–	989	25	–
Beteiligungsertrag	577	–	–	–	–	–	577	–	–
Übriger Finanzertrag	438	–	–	1	–	–	412	25	–
Ordentlicher Aufwand	47 203	204	1 932	17 387	1 296	4 479	12 676	5 322	3 908
Eigenaufwand	8 567	204	510	466	472	4 285	1 774	419	438
Personalaufwand	4 506	171	423	284	370	1 564	1 139	303	252
Sach- und übriger Betriebsaufwand	2 883	33	86	182	102	1 543	635	116	186
Rüstungsaufwand	1 178	–	–	–	–	1 178	–	–	–
Transferaufwand	34 707	–	1 422	16 921	824	194	6 973	4 903	3 470
Anteile Dritter an Bundeserträgen	7 720	–	–	291	–	–	6 876	–	553
Entschädigungen an Gemeinwesen	3 648	–	–	2 175	702	80	–	–	690
Beiträge an eigene Institutionen	12 800	–	–	12 344	–	–	–	–	456
Beiträge an Dritte	10 539	–	1 422	2 110	122	114	97	4 903	1 771
Finanzaufwand	3 930	–	–	–	–	–	3 930	–	–
Zinsaufwand	3 731	–	–	–	–	–	3 731	–	–
Übriger Finanzaufwand	198	–	–	–	–	–	198	–	–

Hinweis: Die Zahlen 2006 enthalten nur finanzierungswirksame Aufwände und sind deshalb nur beschränkt vergleichbar mit dem Voranschlag 2007. Insbesondere sind die Totale wegen den fehlenden Abschreibungen und Wertberichtigungen nicht vergleichbar.

D01 Schulden

<i>Mio CHF</i>	Rechnung 1990	Rechnung 1995	Rechnung 2000	Rechnung 2005	Schätzung 2006	Voranschlag 2007	Differenz zu VA 2006	
							absolut	%
Schulden brutto	38 509	82 152	108 108	130 339	129 800	130 200	400	+0,3

